

Institut für Volkswirtschaftslehre
der
Universität Augsburg

Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe

WAS DENKEN WIR, WENN WIR WIRTSCHAFTLICH DENKEN?

von
Reinhard Blum

Beitrag Nr.19

01

QC
072
V922
-19

Universität Augsburg
Memminger Straße 14

Im Oktober 1982

WAS DENKEN WIR, WENN WIR WIRTSCHAFTLICH DENKEN? ^x

Insbesondere das wissenschaftliche Denken in den Sozialwissenschaften ist mit dem Makel behaftet, "Theorie" zu sein. Die Theorie als Ergebnis des Denkens wird so von den Menschen, deren Verhalten und Entwicklung erklärt werden soll, als Wirklichkeitsfern empfunden. Daraus wird schon klar, daß es nicht um das Denken allein geht. Wie der Sprachgebrauch und damit die Erfahrung lehrt, kommt es darauf an, daß man etwas Gescheites denkt. Was aber macht das Denken gescheit? Welchen Anteil haben daran die Ökonomen, das wirtschaftliche Denken? Die Antwort hierauf soll folgenden Fragen folgen:

1. Was denken wir, wenn wir denken?
2. Wie denkt sich ein "reiner Ökonom" den Menschen?
- Der Mensch als homo oeconomicus -
3. Wie denkt sich ein "reiner Ökonom" die Gesellschaft?
- Vom Markt zur Marktwirtschaft -
4. Freiheit in der Wirtschaft oder Freiheit von der Wirtschaft?

N8<36275917

N8<36275917

^x Es handelt sich um die schriftliche Fassung eines Vortrages vom 12.5.1982 im Rahmen des dies academicus der Universität Augsburg.

1. Was denken wir, wenn wir denken

In einem "Goethe-Jahr" liegt es nahe, diese Überlegungen mit einem Zitat aus den vielen gegenwärtig angebotenen Interpretationen des Werkes eines "klassischen Denkers" zu beginnen: Zum Denken muß man, wie Goethe einmal festgestellt haben soll, "von Natur richtig sein". Denken schaffe eine Welt, die von Endursachen und Endzwecken frei ist, wo Gut und Böse ihren Platz haben. Goethe hielt es - so ein Interpret - für ein Unglück, in Opposition zu sein. Daraus ergeben sich drei Kriterien "gescheiten Denkens":

- 1) Es soll wertfrei sein. Der Denkende wird außerhalb des Objekts seiner Gedanken gedacht. Traditionelles wissenschaftliches Denken beginnt deshalb mit der Abgrenzung des Objektes der Wissenschaft. Vorbild könnte eine der ersten Wissenschaften, die Astronomie, sein. Was die Menschen auch denken, sie werden den Lauf der Gestirne dadurch nicht beeinflussen. Die Übertragung auf die Gesetze menschlichen Lebens und menschlichen Zusammenlebens brachte Kant in die klassische Formulierung: "Der gestirnte Himmel über mir und das Sittengesetz in mir". Diese Trennung zwischen dem Denker und seinem Objekt machte Max Weber mit seiner Forderung nach Wertfreiheit auch zum Kriterium wissenschaftlichen Denkens in den Sozialwissenschaften. Es war ein Ausdruck von Wirklichkeitsnähe, daß diese Forderung, insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften um die Jahrhundertwende, den "Werturteilsstreit" auslöste¹.
- 2) Gescheites Denken soll widerspruchsfrei sein, es den Denkenden ersparen, "in Opposition zu sein". Den Weg zu Widerspruchsfreiheit weist die Logik und ihre Gesetze. Eine besondere Ausprägung erhält das logische Denken im rationalen Denken. Hier geht es darum, beste und schlechteste Zustände (maximal oder

minimal) zu bestimmen. Dies bildet den Kern ökonomischen Denkens. Ökonomisches Prinzip und Rationalprinzip gelten in der Wirtschaftswissenschaft als austauschbare Begriffe.

- 3) Denken tendiert dazu, auch Gut und Böse einen Platz zuzuweisen. Ob dies "gescheit" ist, wird im folgenden noch zu prüfen sein. Logisches und rationales Denken zumindest scheinen jedoch einen "Alleinherrschaftsanspruch" zu erheben, der auch Gut und Böse erfaßt. Als "Königin der Wissenschaft" verstand sich in ihren Anfängen die Philosophie (in wörtlicher Übersetzung aus dem Griechischen "Liebe zur Weisheit"). Der griechische Philosoph Plato, der unsere "klassische Bildung" geprägt hat, dachte sich deshalb den "Idealstaat" als von Philosophen regiert. Als aus Religion "Theo-Logie" entstand, stritt sie sich mit der Philosophie um die "Alleinherrschaft". Die Philosophie wurde zur "Magd der Theologie". Daneben erhob bereits seit ihren mythologischen Ursprüngen die Naturwissenschaft als "Astrologie" einen Alleinherrschaftsanspruch, der Mensch, Erde und Himmel zu einer "Einheit" machte. Mit dem Siegeszug der Naturwissenschaften löste sich die Einheitlichkeit des Denkens in Philosophie oder Theologie endgültig auf, ohne neue "Einheit" zu schaffen. Entsprechend der alten Weisheit politischer Herrscher, zu teilen und zu herrschen, löste sich das Reich der Wissenschaft auf in Natur- und Geisteswissenschaften. Die einen sahen den Ursprung der Welt in der "Materie" und begründeten ein Denken, das zukünftig als Materialismus galt. Die entsprechende Gegenposition, der Ursprung der Welt im Geist, erhielt den Namen Idealismus. Selbst der Mensch zerfällt seit Descartes in Körper und Seele. Der Körper wird als Forschungsobjekt den Naturwissenschaften zugeteilt. Die Seele bleibt den Theologen bzw. den Geisteswissenschaften vorbehalten.

Die Aufteilung des Denkens in fachwissenschaftliches Denken läßt den Ursprung in den Gesetzen der Logik unberührt. Zumindest ist es seit Archimedes strittig, ob es den "festen Punkt" gibt, der es erlaubt, die Welt aus den Angeln zu heben. Logisches Denken tut so, als ob es diesen festen Punkt gäbe (Denken "als ob"). Die Gesetze der Logik erschließen dann die Welt von einem Anfang zu einem vorgegebenen Ende, bzw. erlauben vom "Ende" einen Rückschluß auf den Anfang. Die Erscheinungen der Wirklichkeit ordnen sich dann nach Ursache und Wirkung. Wenn das Denken bei der Erfassung der einzelnen Erscheinungen ansetzt (Induktion), führt die fortlaufende "Ordnung" der Einzelercheinungen zu der Erkenntnis der Gesetze, die die Welt regieren. Die Kenntnis dieser Gesetze erlaubt es umgekehrt (Deduktion), einzelne Erscheinungen zu "erschließen", zu prognostizieren. Der Ökonom ist geneigt, diese Art zu denken mit der "doppelten Buchhaltung" eines ordentlichen Geschäftsmannes zu vergleichen. Wie auch "gerechnet" wird, in beiden Rechenwerken muß sich derselbe Gewinn oder Verlust ergeben.

Auch dieses Denken in Gewinn oder Verlust, Sein oder Nichtsein, kennzeichnet das logische Denken, ist die Garantie seiner Widerspruchsfreiheit. Etwas kann nur "sein oder nicht sein", ein Drittes gibt es nicht (*tertium non datur*). Ein Teil bzw. Teilchen der Welt setzt ein entsprechendes Anti-Teil bzw. Anti-Teilchen voraus. Himmel und Hölle der Theologie entspricht Welt und Anti-Welt im naturwissenschaftlichen Denken. Die Philosophen und nach ihnen - Platos Tradition fortsetzend in alternativen Denkrichtungen - die Politologen und Politiker teilen das Denken in Materialismus und Idealismus, Individualismus und Sozialismus. Die Ökonomen denken entsprechend die Welt als Marktwirtschaft oder Planwirtschaft. Das "marktwirtschaftliche Denken" als "Alleinherrschaftsanspruch" schafft die Alternativen Freiheit oder Sozialismus, das "sozialistische Denken" denkt Freiheit nur als Freiheit durch Sozialismus. Dieses Den-

ken, "als ob alles logisch und rational wäre", stellt ein - durch Logik und Rationalität - "geschlossenes System" dar, und fordert gemäß der Trennung der Erscheinungen nach Ursache und Wirkung, Prinzip und Negation durch das "Anti-Prinzip" einen Anfang oder ein Ende. In den Naturwissenschaften besteht dafür das Bild des "Ur-Knalls" oder des absoluten Stillstandes (absoluter Nullpunkt). Gestritten wird lediglich darüber, ob dieses Ende die Welt als Kälte- oder Wärmetod ereilt.

Die Welt als ständiges "Stirb und Werde", wie Goethe es beschrieb, erscheint der beschriebenen "Denk-Mechanik" als "unlogisch". Dieses Denken übersieht, daß es - mathematisch gesprochen - nur einem möglichen "Vektor der Logik" folgt, ohne Anspruch auf "Alleinherrschaft". Demgegenüber schirmt sich "reine Theorie" gegenüber der entscheidenden Frage ab, ob sich die "Theorie" entlang dem "von Natur richtigen" Vektor bewegt, in dem die notwendige Entscheidung als "wertend", politisch oder irrational abgestempelt wird. Max Weber trennt, um dieser Sackgasse rationalen Denkens in der Wirklichkeit zu entgehen, die Rationalität in Wert- und Zweckrationalität. Damit wurde erkannt, daß sowohl in idealistischer (wertrational) als auch in materialistischer Perspektive (zweckrational) rational (gemäß dem jeweiligen Vektor) gedacht werden könnte. Da es im wirklichen sozialen Leben und Denken gleichzeitig eine Vielzahl von Werten und Zwecken gibt, wird sich der "Verstand" dem Alleinherrschaftsanspruch eines Prinzips oder einer "Sachlogik" beugen, einen Weg gemäß den Gesetzen der Logik und Rationalität richtig gehen, während "Vernunft" die entscheidende Frage einbezieht, ob es sich um den richtigen Weg, den richtigen "Vektor der Logik" handelt. Damit beginnt "gescheites Denken", Denken in Systemen mit unterschiedlichen Zielen, Zwecken und Leistungen. Der Zweifel, eventuell nicht auf dem richtigen Weg zu sein, hindert logisches und rationales Denken daran, sich zu einem "Alleinherrschaftsanspruch" zu steigern, zum Hochmut des Wis-

sens statt zur Demut der Weisheit zu führen. Sie erläutert Montaignes, der französische Begründer einer "pragmatischen Philosophie" im 16. Jahrhundert: "Den wirklich gelehrten Männern geht es wie den Ähren auf dem Feld. Solange sie noch leere Köpfe haben, halten sie sie stolz nach oben gereckt, wenn die Köpfe aber voller werden, fangen sie an, sich demütig zu senken".

Aus der "Liebe zur Weisheit" entstand ursprünglich die Philosophie. Ihr sollte es eigentlich darum gehen, in der konkreten Wirklichkeit von Wissenschaft und sozialer Organisation "Gut und Böse ihre Plätze zuzuweisen". Stattdessen droht - wie Montaignes mit seiner Forderung nach pragmatischer Philosophie bereits deutlich machte - die Hinwendung zur "reinen Theorie", zur Entfremdung von Theorie und Praxis. Dabei scheint der Siegeszug der Naturwissenschaften die Philosophen zu blenden, wenn sie zulassen, daß statt der Philosophie die Mathematik zur "Königin" der Wissenschaft" gekrönt wird. Die Begrenztheit der Mathematik bzw. - noch schlimmer - die Begrenztheit der Fachwissenschaftler bei der Benutzung der Mathematik, bestimmt dann den "wissenschaftlichen Fortschritt". Die moderne "mathematische Wirtschaftstheorie" gerät in diese Gefahr.

Die Versuche logischen Denkens, vor allem auch die Wissenschaft von und über den Menschen als logisch geschlossenes System zu denken, führen von der Mytho-Logie (griechisch "mündliche Überlieferung") zur Theo-Logie und Astro-Logie, von der Bio-Logie zur Psycho-Logie, Sozio-Logie und Polito-Logie. Damit entsteht die Gefahr, daß das Endprodukt bzw. der Ausgangspunkt dieses logischen Denkens aus unterschiedlichen Perspektiven den Menschen auf Logik und Rationalität gemäß naturwissenschaftlicher Erfahrung reduziert (mechanisches oder organizistisches Denken) - eine Gefahr, die der "klassische" Denker Goethe mit dem "Homunculus aus der Retorte" charakterisiert. So wird sich selbst bei sogenannten "Irren" und "Spinnern" unter den Mitgliedern sozia-

ler und damit auch wissenschaftlicher Organisationen in der Regel Logik und Rationalität im Denken finden lassen, wenn es gelungen ist, den "festen Punkt" auszumachen, an den sich die Logik klammert. Ob dieser Gebrauch der Logik geschieht ist, hängt von der Bewertung in einem übergeordneten Bezugssystem ab.

Wissenschaftliches Denken, insbesondere in der Philosophie und den Sozialwissenschaften, sollte deshalb mehr darauf gerichtet sein aufzuzeigen, wie gerade wissenschaftliches Denken durch verschiedene feste Punkte bei Anwendung derselben logischen Gesetze zu Kontroversen und unversöhnlichen Positionen führt. Stattdessen verleitet das fachwissenschaftlich "rein" gehaltene wissenschaftliche Karriere-System alle - außer seltenen Genies mit "revolutionären Ideen"² -, sich den vorhandenen Schulen bzw. "Sprachen" anzupassen oder einzupassen. Einheitliche Meinung der Fachwissenschaft muß nicht für die Richtigkeit einer Argumentationskette in einer konkreten sozialen Situation sprechen, sondern nur die einheitliche Schulung des Fachdenkens gemäß einem Alleinherrschaftsanspruch der "Fachlogik" beweisen. In den Sozialwissenschaften kommt noch hinzu, daß das Engagement für "Recht und Ordnung", für Nutzen und Gewinn des Einzelnen (Individualprinzip) und der Gesellschaft (Sozialprinzip) in der wirklichen Welt ebenfalls einen Selektionsmechanismus darstellen für Schulen des Denkens, die ihren "festen Punkt" im status quo der Interessen und Strukturen der sozialen Wirklichkeit finden (Ideologie, Interessenten-Logik). In einer Welt des ständigen und schnellen - technischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen - Wandels sollte aber die Aufrechterhaltung eines status quo sozialer Organisation nicht mit Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verwechselt werden. Diesen Konflikt so zu lösen, daß der soziale Frieden und die Stabilität des politischen Systems aufrecht erhalten bleibt, kennzeichnet eine funktionsfähige freiheitlich-demokratische Ordnung. Dasselbe gilt auch für das wissenschaftliche Teilsystem, in dem Freiheit von Lehre und

Forschung durch Recht und Ordnung garantiert werden.

Die deutsche Sprache unterscheidet nicht zufällig beim Denken zwischen Verstand und Vernunft. Im Vergleich zur Vernunft folgt der Verstand allein der Logik. So entsteht aus dem aus unterschiedlichen Blickwinkeln gedachten Menschen der "homo logicus" mit den Varianten als homo psychologicus, homo soziologicus, homo politicus und schließlich homo oeconomicus. Die Übertragung dieser "Denk-Mechanik" auf die Gesamtheit der Menschen als soziale Organisation führt zu entsprechenden Spielarten alternativer "...ismen": Idealismus - Materialismus (Ökonomismus), Individualismus - Sozialismus (Kommunismus), Liberalismus - Sozialismus. Aus diesen Alternativen und ihren "Alleinherrschaftsansprüchen" entsteht die Neigung, die jeweils andere Alternative als "Ideologie" abzuwerten. Mißstände in der Wirklichkeit der sozialen Welt haben aus dieser Perspektive ihre Ursache darin, daß der entsprechende "...ismus" in der Wirklichkeit nicht in reiner Form vorkommt, sondern als eine Mischung aus den (guten und bösen) Alternativen. Max Weber erfand dafür die Begriffe Idealtypus und Realtypus. Die "marktwirtschaftlich denkenden" Ökonomen folgen dieser Logik mit dem Idealtyp Marktwirtschaft und seinem Anti-Typ Planwirtschaft als allein mögliche alternative "Wirtschaftssysteme". Die Erfahrung mit der Wirklichkeit verlangt die Anerkennung von "Mischsystemen" als Realtyp.

Beiden Konstruktionen einer "Alleinherrschaft" im Idealtyp von alternativen festen Punkten aus ist gemeinsam, daß im jeweils "guten Idealtyp" Freiheit gleich "Freiheit vom Staat" bedeutet. Gemeinsam ist weiterhin die Vorstellung, daß Mischungen der (guten und bösen) Alternativen unverträglich sind (tertium non datur) bzw. nur "zweitbeste Lösungen" darstellen - mit der Neigung, wie auf einer schiefen Ebene in die "böse Alternative" abzugleiten. Der anerkannte Senior "marktwirtschaftlicher Philosophie"³, der Nobelpreisträger für Wirtschaft Friedrich von Hayek,

beschrieb dieses Abgleiten einer aus Markt- und Planellementen bestehenden Wirtschaftsordnung anschaulich als "Weg zur Knechtschaft", nämlich in den Sozialismus bzw. Kommunismus⁴. Sozialistischen Theoretikern ist entsprechend die Vorstellung ebenso geläufig, daß eine Mischung von Sozialismus und Marktwirtschaft ein "Weg zur Knechtschaft", nämlich in den Kapitalismus darstellt. Unbefriedigende, den Idealtyp widersprechende soziale Zustände gelten als ein Mangel der "Übergangszeit" zur reinen Form der Ordnung. (Am deutlichsten ist diese Vorstellung im kommunistischen (marxistischen) Denken, das den Sozialismus und seine Mängel als Übergangsphase vom Kapitalismus (Feudalismus) zum Kommunismus erklärt). Analog dazu möchte dieses Denken die gesamte Welt in entsprechende politische und militärische Blöcke organisieren mit ihren Raketen, Anti-Raketen und Anti-Anti-Raketen, Ideologien und Anti-Ideologien. Dank der Verbindung dieses Denkens mit der Dynamik des wirtschaftlichen und technischen "Fortschritts" fällt es inzwischen nicht schwer, sich das Ende dieser Welt logisch konsequent als "Ur-Knall" vorzustellen.

Liberalismus und Kommunismus, Wirtschaftsliberalismus (Kapitalismus) und Marxismus, marktwirtschaftliche und marxistische Philosophie geraten durch dieses logische Denken nach den alternativen Idealtypen (Welt und Anti-Welt) gegenüber der Wirklichkeit und ihren Realtypen als "Misch-Systeme" hoffnungslos ins Abseits. Wo soziale Organisationen durch bewußte Orientierung an einem Idealtyp befriedigende soziale Zustände und soziales Wohlbefinden der Menschen hervorbringen, handelt es sich um Misch-Systeme, um "zweitbeste Lösungen" am Idealtyp gemessen. So fällt es der marktwirtschaftlichen Theorie schwer, das mit marktwirtschaftlichen Prinzipien verbundene Wirtschaftswunder der Bundesrepublik nicht der "freien Marktwirtschaft" als Idealtyp "marktwirtschaftlicher Philosophie" zuzuschreiben, sondern einem Mischsystem wie der Sozialen Marktwirtschaft. Sie sollte

gemäß den Vorstellungen der "geistigen Väter" ein "dritter Weg" zwischen Ost und West, Kapitalismus und Sozialismus sein, ja sogar eine zu sozialem Frieden führende "irenische Formel", die versucht, "mehr Freiheit mit mehr Sozialismus zu verbinden"⁵. Ähnliche Hoffnungen für eine friedliche Organisation der gesamten Welt hegen heute jene Länder, die sich als "dritte Welt" verstehen möchten, um nicht bei der Organisation der Welt in zwei feindliche Blöcke in den einen oder anderen Block gezwungen zu werden. Der Staatspräsident Tansanias, Nyerere, brachte dies auf die kurze Formel: "Wir wollen Freundschaft mit allen Ländern der Welt, wir möchten aber nicht, daß unsere Freunde uns sagen, wer unsere Feinde sind". Die charakterisierten "...ismen" erweisen sich in den Vorstellungen von "dritten Wegen" zwar als treibende Kräfte, verlieren aber den Alleinherrschaftsanspruch. Gebraucht man für die soziale Organisation und für soziales Denken das von den Ökonomen gerne benutzte Bild vom Kuchen, so wirken die "...ismen" in diesem Kuchen bestenfalls wie Hefe. Niemand würde oder sollte aber auf die Idee kommen, sich den Kuchen nur aus Hefe bestehend zu denken oder zu wünschen.

Diese Enthüllung der Sackgassen logischen Denkens nach dem "Prinzip des ausgeschlossenen Dritten" (tertium non datur) bei der Erklärung und Organisation wirklichen sozialen Lebens in einer "natürlichen" und ebenfalls nicht rationalen Umwelt erklärt, warum wissenschaftliches Denken, insbesondere in den Sozialwissenschaften, zur Mißachtung der Wissenschaft durch die Praxis, zur Charakterisierung wissenschaftlichen Denkens als "Theorie" oder "reine Theorie" führt. Ein niederschmetterndes Unwert-Urteil über die Sozialwissenschaft als Erfahrungswissenschaft gibt es nicht. Auch hier kann wiederum Goethes Sprache dazu dienen, den Zustand des wissenschaftlichen Denkens zu erfassen: "Grau, lieber Freund, ist alle Theorie und Grün des Lebens Baum". Die moderne Wissenschaftstheorie versucht diese Kluft zwischen Theorie und Praxis mit der Forderung nach einer "Theorie der Praxis" bzw.

einer "praktischen Theorie" wieder zu schließen⁶.

Das wirtschaftswissenschaftliche Denken scheint sich diesen Bemühungen jedoch besonders zu verschließen, weil die Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlichen Denkens so sehr als naturwissenschaftlich und damit wertfrei und unumstößlich empfunden werden, daß Wirtschaftswissenschaft sich nicht nur - wie die Bezeichnung unserer Fakultät erkennen läßt - von den Sozialwissenschaften absetzt, sondern es auch als einen besonderen Qualitätsnachweis empfindet, "reine Theorie" zu sein. Dies geht bei besonders überzeugten "reinen Theoretikern" so weit, die Theorie als richtig und das menschliche Verhalten als falsch abzustempeln. Das ist logisch, denn in der "als ob rational" gedachten Welt, ist der Mensch nicht der "von Natur richtige" Mensch, sondern der "homo logicus" als "homo oeconomicus".

2. Der Mensch als homo oeconomicus

Die Wissenschaft vom und über den Menschen, die sich als Theologie, Biologie, Psychologie, Soziologie, Politologie mit der Logik verbindet, braucht nach den bisherigen Überlegungen einen festen Punkt, an dem die Logik ansetzt. Dieser ist in den Wirtschaftswissenschaften besonders gut auszumachen. Es ist die als ökonomisches Prinzip verstandene Rationalität. Der Mensch ist zwar im Prinzip frei, er nutzt diese Freiheit aber lediglich, um entsprechend dem ökonomischen Prinzip Nutzen und Gewinn zu maximieren, Kosten zu minimieren. Der Weg vom Nutzen des Einzelnen (Individualprinzip) zum Gemeinwohl (Wohlfahrtsmaximum in der Wirtschaftstheorie) führt über Arbeitsverteilung, Wettbewerb und Tausch. Der Stammvater dieses wirtschaftswissenschaftlichen Denkens - von Karl Marx als klassisch bezeichnet -, scheint nicht zufällig der Engländer Adam Smith⁷ zu sein. Er befaßte sich als "Moralphilosoph" zu einer Zeit des beginnenden

Liberalismus und der "industriellen Revolution" auch mit der Einordnung der Wirtschaft in die Gesellschaft. Den Menschen sieht er in seinem moralphilosophischen Werk eingebettet in die Sympathie der Menschen füreinander, die Moral sowie Recht und Ordnung. Für das wirtschaftliche Verhalten erkennt er als besonderen "Kontrollmechanismus" den Wettbewerb der Menschen untereinander, um die Möglichkeiten zur Maximierung des persönlichen Nutzens und Gewinns bestmöglich für die Mehrung des eigenen Wohlstandes einzusetzen⁸.

In seinem ökonomischen Werk behandelt Adam Smith deshalb den Menschen als "Tier, das tauscht". Kein Hund - so argumentiert er - würde einen Knochen mit einem anderen Hund tauschen. Dieses wirtschaftliche Denken verspottet der wohl berühmteste Dichter und Romanautor der englischen Romantik, Wordsworth, als armselige Philosophie eines Mannes aus Schottland (nämlich Adam Smith), "eines Bodens, für den diese Art von Unkraut natürlich zu sein scheint"⁹. Die Wirtschaftswissenschaft, insbesondere die Wirtschaftstheorie als "reine Theorie", löste sich in den folgenden Jahrzehnten aus der moralphilosophischen Einbettung bei Adam Smith und konstruierte mit Hilfe der Mathematik als neuer "Königin der Wissenschaft" eine Welt, in der die Menschen von ihrer Freiheit nur nach dem ökonomischen Prinzip Gebrauch machen. Die reine Theorie erreichte ihren Höhepunkt in der "Wohlfahrtstheorie". Sie liefert den Nachweis, daß bei "vollständiger Konkurrenz" das Streben der einzelnen Individuen nach Maximierung ihres materiellen Nutzens und Gewinns auch zu einem "Wohlfahrtsmaximum" der Gesellschaft führt. Diese Verkopplung materialistischen Denkens mit dem Wohlfahrtsmaximum einer im übrigen idealistisch gedachten Gesellschaftsordnung kennzeichnet den im dritten Abschnitt zu behandelnden Übergang vom Markt zur Marktwirtschaft, einer Gesellschaft als "Tauschgesellschaft". Gleichzeitig liefert dieses wirtschaftstheoretische Denken mit der Ersetzung von individueller Freiheit durch den Mechanismus

der Rationalität die Fiktion Wertrationalität gemäß dem Prinzip individueller Freiheit (Idealismus) mit der Zweckrationalität des Strebens nach maximalem Nutzen und Gewinn zu verbinden (Materialismus). Aus Liberalismus entsteht Wirtschaftsliberalismus. Ihn verwechseln liberale Denker und Parteien bis heute mit Liberalismus, insbesondere die marktwirtschaftliche Theorie und Philosophie.

Ohne den "Alleinherrschaftsanspruch" des wirtschaftlichen Denkens nach dem ökonomischen Prinzip wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Teilbereich der Gesellschaft durch wirtschaftliches bzw. rationales Denken erklärt wird. Aber gerade die neuesten Entwicklungen in der Wirtschaftstheorie geben Anlaß zu der Sorge, daß die ursprüngliche Begrenzung des ökonomischen Denkens auf einen Teilbereich der Gesellschaft und auf einen Teil des menschlichen Verhaltens bzw. der Menschen - der "Krämer", wie Adam Smith zuweilen geringschätzig die so denkenden Zeitgenossen charakterisierte - in einen Alleinherrschaftsanspruch für menschliches Verhalten, soziales Leben und soziale Organisation verwandelt wird. Diese Befürchtungen nähren Wirtschaftswissenschaftler, die es als den größten Fortschritt feiern, daß wirtschaftstheoretisches Denken als "ökonomische Theorie der Politik" eine neue wissenschaftlich fundierte Verknüpfung von Wirtschaft und Politik herstellt, nämlich als "neue politische Ökonomie" und Alternative zum Marxismus. Diese Verallgemeinerung wirtschaftlichen Denkens führt dann zu einer "ökonomischen Theorie" der Demokratie, des Rechts, der Gerechtigkeit, der Gesundheit und der Kriminalität¹⁰. Erst kürzlich versuchten darüber hinaus ein Ökonom und ein Sozialpsychologe den Nachweis, daß der, in der Wirtschaftstheorie aus dem Rationalprinzip abgeleitete homo oeconomicus nicht "unpsychologisch" sei¹¹. Damit wird unterstellt, daß psychologisch mit menschlich gleichzusetzen ist. Genau besehen folgt aber aus der Übereinstimmung von Ökonomie und Psychologie nur, daß auch diese Wissenschaft vom Menschen sich ein Menschenbild geschaffen hat, das als "homo psychologicus" ähnlich dem Rationa-

litätsprinzip entspringt wie der homo oeconomicus. Damit erweist es sich als eine große Gefahr für die Sozialwissenschaft als Erfahrungswissenschaft, daß wissenschaftliches Denken sich um so eifriger mit der Logik verbindet (vgl. Theologie, Biologie, Soziologie, Politologie) je mehr sie vom oder über den Menschen handelt.

Der homo oeconomicus, der aus dieser Logik im wirtschaftlichen Denken entsteht, widerspricht - mit zunehmender Verallgemeinerung zur ökonomischen Theorie der Politik - der Demokratie, des Rechts und der Gerechtigkeit immer weniger der Realität menschlichen Verhaltens sowie wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sondern bedeutet Ersetzung individueller Entscheidungsfreiheit durch die Mechanik der Rationalität. Sie alleine erlaubt es, ein Gewinnmaximum des Unternehmens und gar ein Wohlfahrtsmaximum für die gesamte Gesellschaft abzuleiten. Das steht im Widerspruch zum Menschenbild in unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, die gerade eine Reduzierung menschlichen Verhaltens auf Maximierung individuellen wirtschaftlichen Nutzens und Gewinns als materialistisch abstempelt. Die deterministische Vorstellung von einem Wohlfahrtsmaximum für die gesamte Gesellschaft verstößt gegen das Selbstverständnis einer freiheitlich-demokratischen Ordnung als "offene Gesellschaft"¹².

Diese Kritik an dem traditionellen wirtschaftstheoretischen Denken vom homo oeconomicus aus, steht im Widerspruch zum herkömmlichen Selbstverständnis wirtschaftlichen Denkens als "marktwirtschaftliches Denken". Gemäß seiner Logik wird individuelle wirtschaftliche Freiheit als Streben nach materiellen Vorteilen durch Tausch und Wettbewerb über den Markt gerade zu einem Garanten bzw. einer Voraussetzung freiheitlich demokratischer Ordnung. Der Markt als Abstimmungsmechanismus (unsichtbare Hand gemäß einem Bild von Adam Smith), der diese Verknüpfung individueller wirtschaftlicher Freiheit als individuelles Streben

nach materiellen Vorteilen mit maximaler Wohlfahrt der Gesellschaft insgesamt sowie der freiheitlich-demokratischen Ordnung garantieren soll, ist ein Beispiel für einen Alleinherrschaftsanspruch wirtschaftlichen Denkens auch im Denken über soziale Beziehungen und soziale Organisation der Gesellschaft. Um diese Behauptung zu verstehen, ist es notwendig, Markt und Marktwirtschaft - den Versuch, die gesamte Gesellschaft als Tauschgesellschaft zu interpretieren - zu unterscheiden.

3. Vom Markt zur Marktwirtschaft

Der Markt als Ort des Gütertausches ist sicher eine der größten und ältesten "sozialen Erfindungen" gesellschaftlicher Organisation. Im wirtschaftlichen Bereich ersetzt damit der Tausch von Gütern das archaische "Recht des Stärkeren". Voraussetzung ist jedoch, daß alle Beteiligten sich an die Regeln des Tausches halten. Dies wiederum erfordert eine gewisse Kontrolle der wirtschaftlichen Organisation durch die politische Organisation der Gesellschaft, d.h. durch den Staat. Sein Interesse und seine Verantwortung für "Recht und Ordnung" erfaßt auch den Tausch über den Markt. Die Verleihung von Marktrechten durch Feudalherren als Repräsentanten des mittelalterlichen Staates war nicht selten die Geburtsstunde neuer Städte. Noch heute findet man in Bayern, insbesondere in Schwaben, Gemeinden, die mit Stolz das Wort Markt vor ihren Ortsnamen setzen. Mit dem Marktrecht trug die Gemeinde bzw. die Stadt auch die Verantwortung, daß die Tauschregeln beachtet und insbesondere das Vertrauen in die verwendeten Maße und Gewichte erhalten blieb. Vom Mittelalter geprägte deutsche Städte zeigen deshalb noch heute an ihren Rathäusern die offiziell gültigen "Maßstäbe", z.B. die Elle, nach der Tuche zu messen waren. Vorstöße wurden zum Teil mit harten Strafen geahndet.

Die Anerkennung des Marktes als Ort des Tausches von Gütern sagt aber noch nichts über seine Bedeutung für die gesamte soziale Organisation aus. Im Gegenteil, Händler und Kaufleute - abgesehen von den Großkaufleuten, die als Patrizier mittelalterliche Städte beherrschten - genossen kein großes gesellschaftliches Ansehen. In der griechischen Mythologie war der Gott Merkur gleichzeitig für Händler und Wegelagerer zuständig. Das Christentum hat an dieser Geringschätzung erst durch den Protestantismus, insbesondere den Calvinismus, etwas geändert.

Im 17. und 18. Jahrhundert entsteht eine eigenständige Wirtschaftswissenschaft, die nicht ohne Grund als "Merkantilismus" oder "Merkantilsystem" bezeichnet wird. Die wirtschaftliche Aktivität insbesondere als Handel, sprengt damit den Rahmen der ihr im Mittelalter als eine Art "praktische Theologie" gesetzt war. Das bedeutete während des Merkantilsystems jedoch noch nicht die Gewährung eines Autonomieanspruches, sondern lediglich einen Wechsel der gesellschaftlichen Kontrollinstanz. An die Stelle der kirchlichen tritt die staatliche Gewalt. Es ist deshalb kein Zufall, daß mit dem Merkantilismus auch der Begriff der "politischen Ökonomie" entsteht. Wirtschaftliche Aktivität hat dem Gemeinwohl zu dienen. Dies meint im Zeitalter des Feudalismus das Wohl der Feudalherren, bzw. das, was sie unter Gemeinwohl verstehen. Die Anerkennung der wirtschaftlichen Leistung und des wirtschaftlichen Erfolges als Grundlage zur Erhaltung und Erweiterung der sich im 17. Jahrhundert herausbildenden Nationalstaaten gab auch den wirtschaftlich Erfolgreichen eine gewisse Unabhängigkeit bzw. ein gewisses Eigengewicht gegenüber dem Feudalherren bzw. der weltlichen Macht.

Dies galt bereits für die Bürger mittelalterlicher Städte. Die Stadtluft machte nicht zuletzt auch durch den wirtschaftlichen

Erfolg frei. Die Verbindung der Freiheit, des freien Bürgers mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit war im übrigen im klassischen Griechenland eine Selbstverständlichkeit und ist sicher ein Grund dafür, daß die Philosophen, denen wir unsere "klassische Bildung" verdanken, es für überflüssig hielten, sich mit wirtschaftlichen Problemen zu befassen. Die Grundlage der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des freien Bürgers war die Hauswirtschaft (griechisch oikos). Der im 17. Jahrhundert entstehende Begriff der "politischen Ökonomie" überträgt damit die Vorstellung einer geordneten Hauswirtschaft (oikos) auf die Gesamtheit der Bürger in einem Gemeinwesen, z.B. dem griechischen Stadtstaat (polis). Diese Vorstellung bleibt auch noch erhalten, als Adam Smith, beeinflusst von Aufklärung und Liberalismus sowie der Erfahrung, daß wirtschaftliche Unabhängigkeit auch mehr politische Freiheit, d.h. Freiheit vom autoritären Staat bedeuten kann, der individuellen Freiheit auch als individuelle wirtschaftliche Freiheit von staatlichen Reglementierungen ein neues Gewicht gab. Heutige Lehrbücher bringen diesen "wirtschaftlichen Liberalismus" auf die kurze Formel "Wohlstand durch Freiheit"¹³. Der Begriff der Politischen Ökonomie bleibt zwar zunächst noch erhalten. Mit zunehmender Formalisierung des Wirtschaftsliberalismus als Wirtschaftstheorie stört jedoch die Verbindung wirtschaftlicher Freiheit - als Freiheit vom Staat - mit der Politik. Politische Ökonomie reduziert sich auf den Nachweis, daß das Streben nach individuellem wirtschaftlichem Vorteil auch der gesamten Gesellschaft, der Volkswirtschaft, nutzt. Diesen Nachweis versucht zuerst Adam Smith zu führen und wird damit zum Begründer der "klassischen Wirtschaftswissenschaft". Gemäß ihrem Selbstverständnis als "marktwirtschaftliche Theorie" beginnt Wirtschaftswissenschaft, insbesondere Volkswirtschaftslehre, in vielen Lehrbüchern erst mit Adam Smith.

Es lohnt sich, die Verwandlung von Eigennutz in Gemeinwohl

durch den Marktmechanismus etwas näher zu betrachten, um einerseits den Übergang vom Markt als gesellschaftlich geordneten Ort des Gütertausches zur Marktwirtschaft als Garanten wirtschaftlicher Freiheit, und mit ihr auch freiheitlich-demokratischer Ordnung sowie maximaler Wohlfahrt, klarer zu erkennen. Zum anderen läßt sich die Logik und Geschlossenheit dieser (markt-)wirtschaftlichen Theorie nicht leugnen. Erst die Einsicht in die Logik des Gedankengebäudes bzw. "die List der Idee" vermag jedoch aufzuzeigen, wo und wann wirtschaftliche Freiheit und marktwirtschaftliche Prinzipien nicht mehr dieser Idee, sondern nur purem Eigennutz wirtschaftlicher Interessen dienen und damit einen Mißbrauch der marktwirtschaftlichen Idee bzw. ihrer Prinzipien darstellen. Wirtschaftsliberalismus - das übersieht politischer Liberalismus bis heute - sowie Wirtschaftstheorie verallgemeinern eine historisch einmalige Situation in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wirtschaftliche Unabhängigkeit und wirtschaftliche Freiheit dienen den wirtschaftlich erfolgreichen Untertanen als Waffe zur Durchsetzung bürgerlicher, politischer Freiheiten gegenüber dem autoritären Staat. Er, sowie seine "Philosophen", die individuelle Freiheit der Bürger - insbesondere wirtschaftliche Freiheit - mit Chaos verbinden, müssen davon überzeugt werden, daß individuelle Freiheit, vor allem als wirtschaftliche Freiheit, nicht nur Wohlstand, sondern auch Ordnung erzeugt und garantiert.

Dazu dient das Modell einer - zunächst nur auf die wirtschaftliche Aktivität beschränkten - (Wirtschafts-)Gesellschaft ohne Staat, d.h. ohne Reglementierung des Wirtschaftsablaufs nach kollektiven, politischen Zielsetzungen und Zwecken (Individualprinzip). Die Wirtschaftstheorie nach Adam Smith formalisiert seine Idee der Selbststeuerung wirtschaftlicher Aktivität durch individuelles Streben nach materiellem Vorteil und Transformation dieses Vorteiles durch Wettbewerb um Tauschgeschäfte auf

dem Markt in volkswirtschaftliche Vorteile und damit in Vorteile für das Gemeinwohl. Der entscheidende Motor für die Verwandlung von Eigennutz in Gemeinwohl ist der als "Naturtrieb" des Menschen verstandene Drang zum Wettbewerb. Er wird gefördert durch die Anerkennung und Garantie des durch eigene Leistung erworbenen Eigentums. Das entscheidende Signalsystem für die Selbststeuerung durch Wettbewerb und Tausch über den Markt stellen die Preise dar. Angebot und Nachfrage von Gütern verbinden sich mit Preisvorstellungen, in denen die Stärke des Bedürfnisses nach bestimmten Gütern (Präferenz) zum Ausdruck kommt (Bedarfsgerechtigkeit). Gleichzeitig steuert die Stärke des Bedürfnisses das Angebot von eigener Arbeitsleistung. Sie sorgt für das Einkommen, mit dem über den Markt Güter nachgefragt werden können (Leistungsgerechtigkeit).

Auf dem Markt bildet sich aus den unterschiedlichen Preisvorstellungen der vielen Anbieter und Nachfrager ein einheitlicher Preis, zu dem alle, die die Güter kaufen möchten, genauso zum Zuge kommen wie die, die zu diesem Preis Güter anbieten. Diejenigen, deren Preisvorstellungen dem "Marktpreis" nicht entsprechen, müssen ihre Erwartungen korrigieren oder auf Nachfrage nach bzw. Angebot von Gütern verzichten. Unternehmen, die bei den bestehenden Marktpreisen große Gewinne erzielen, reizen dadurch neue Produzenten, in den betreffenden Markt einzudringen und Nachfrage durch günstigere Preise auf sich zu lenken. Dieser Wettbewerb zwingt alle Anbieter dazu, mögliche Gewinne in niedrigeren Preisen an die Nachfrager weiterzugeben. Hierin liegt die eigentliche "List der marktwirtschaftlichen Idee", die einzelwirtschaftliches Gewinnstreben in den volkswirtschaftlichen Vorteil größerer Güterproduktion (wirtschaftliches Wachstum) zu niedrigeren Preisen verwandelt. Der Endverbraucher, der Konsument, ist in diesem Modell souverän (Konsumentensouveränität). Er steuert die wirtschaftlichen Prozesse nach seinen individuel-

ten Bedürfnissen über das Preissystem.

Soziale (Soziale Frage im 19. Jahrhundert) und wirtschaftliche Fehlentwicklungen (insbesondere die Weltwirtschaftskrise während der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts) gaben Anstöße, das marktwirtschaftliche Denkmodell zu korrigieren oder die Fehlentwicklungen aus Versagen des Marktes oder der Praxis (nicht funktionsfähiger Wettbewerb) zu erklären. Sowohl "Marktversagen" als auch "Praxisversagen" liefern eine Begründung für staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, d.h. staatliche Wirtschaftspolitik. Die "Soziale Frage" im 19. Jahrhundert, ausgerechnet während einer nie vorher erlebten Steigerung der Güterproduktion durch die industrielle Revolution, führte zu der Einsicht, daß eine zivilisierte Gesellschaft mit ethischen, gesellschaftlichen und sozialen Normen für menschenwürdiges Leben die Verteilung wirtschaftlicher Güter nicht nur über die Kaufkraft am Markt zulassen kann, schon deshalb nicht, weil die einzelnen (besitzenden und besitzlosen) Bürger unterschiedliche Chancen haben, sich mit Kaufkraft zu versorgen. Daraus folgte die Notwendigkeit ergänzender Sozialpolitik - nicht zuletzt auch erzwungen durch die politische Mobilisierung der Arbeiter und ihrer Anfälligkeit für die marxistische Alternative der staatlichen Lenkung der Wirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik knüpft an diese im 19. Jahrhundert entstandenen Einsichten an.

Die Weltwirtschaftskrise in den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts ließ das Bewußtsein entstehen, daß Arbeitslosigkeit und Inflation als volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen kein Schicksal sind, sondern Vollbeschäftigung und Vermeidung von Inflation Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik darstellen. Daraus entstand eine neue (makroökonomische) Wirtschaftstheorie, die die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs nicht aufgrund in-

dividueller, rationaler Entscheidungen "rein theoretisch" bewies, sondern Ansatzpunkte für staatliche Wirtschaftspolitik zugunsten von Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zwischen Haushalten, Unternehmen und Staat aufzeigte. Mit dem Wandel des Staates vom Feudalismus und Absolutismus zur freiheitlich-demokratischen Ordnung gerieten so marktwirtschaftliche Abstimmungsprozesse immer mehr in Konkurrenz zu politischen, demokratischen Abstimmungsprozessen¹⁴. Das Ergebnis ist der moderne Wohlfahrtsstaat.

In ihm verliert der Wirtschaftsliberalismus als wirtschaftliche Ausprägung des politischen Liberalismus seit dem 18. Jahrhundert drei seiner wichtigsten Grundlagen:

- 1) Die sozialen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen im Zeichen der "freien Marktwirtschaft" haben das politische Bewußtsein zumindest gegenüber der wirtschaftlichen Freiheit gewandelt: Aufgrund von Wettbewerbsbeschränkungen und wirtschaftlicher Macht in Gestalt von Großunternehmen (absolut) und großen Marktanteilen einzelner Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen (relativ, bekannter als Konzentration in der Wirtschaft) erscheint individuelle Freiheit nicht mehr gesichert durch wirtschaftliche Freiheit als Freiheit vom Staat, sondern gerade durch eine "gesellschaftliche Anbindung" wirtschaftlicher Freiheit durch einen starken Staat, d.h. selbstbewußte politische Kontrolle der Marktprozesse auf Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs und Übereinstimmung mit den Erwartungen aufgrund gesellschaftlicher Normen und Ziele.
- 2) Der Überfluß materieller Güter, den gerade marktwirtschaftliche Prinzipien hervorgebracht haben, vermindert die Bedeutung und das Gewicht wirtschaftlicher Leistung für das "soziale Wohlbefinden". Die marktwirtschaftliche, kapitalistische (ma-

terialistische) Revolution "frißt ihre Eltern", Armut und Warenhunger, die die Revolution erzeugten.

- 3) Der moderne Wohlfahrtsstaat als Ergebnis freiheitlich-demokratischer Ordnung verringert die Bedeutung wirtschaftlichen Besitzes und Vermögens als Grundlage für individuelle Freiheit und materielle Unabhängigkeit.

Ein neuer "Wirtschaftsliberalismus" (Ordoliberalismus), der aus den Wirren der Weltwirtschaftskrise entstand und auch der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik als Vorbild diente, trug dem Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen durch die Idee der Wirtschaftsordnung Rechnung¹⁵. Dem traditionellen wirtschaftstheoretischen Denken fällt es jedoch schwer, den "Alleinherrschaftsanspruch" des ökonomischen Prinzips im Modell der freien Marktwirtschaft zugunsten politischer, demokratischer und damit auch "irrationaler" Entscheidungen, gemessen am ökonomischen Prinzip, aufzugeben. Statt einer Integration des wirtschaftlichen Denkens in die politischen Prozesse durch eine "politische Theorie der Ökonomie" versuchen die Ökonomen eine Integration der Politik, der Demokratie, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit in die ökonomische Theorie durch die schon erwähnte "ökonomische Theorie" der Politik, der Demokratie, des Rechts und der Gerechtigkeit. In der Soziologie findet dieses Denken eine Ergänzung in Interpretationen der Gesellschaft als "Markt- und Tauschgesellschaft"¹⁶.

Versucht marktwirtschaftliches Denken in den früheren Jahrzehnten, wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen in der marktwirtschaftlichen Ordnung durch "Marktversagen" zu erklären und damit Wirtschaftspolitik des Staates zu begründen, so erscheinen die wirtschaftlichen Krisen bzw. Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehntes in der "ökonomischen Theorie der Politik"

als "Staatsversagen"¹⁷. Die Botschaft dieser "neuen politischen Ökonomie" ist damit eher die alte des klassischen Wirtschaftsliberalismus als die neue des Ordoliberalismus.

Politischen Ausdruck findet dies in den Wahlparolen "mehr Markt, weniger Staat" oder - anknüpfend an die politischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts - in der Parole "Freiheit oder Sozialismus". Der moderne Wohlfahrtsstaat, der nicht zuletzt durch ständig steigende Erwartungen in die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu einem immer größeren wirtschaftspolitischen Steuerungsbedarf aufgrund des politischen Willens der wählenden Bürger in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung führte, verliert immer mehr an Manövrierfähigkeit. Daran hatte einen nicht unwesentlichen Anteil, daß es aus marktwirtschaftlichem Denken und auch aus politischer Bequemlichkeit zweckmäßiger erschien, zusätzliche Staatsaufgaben durch Verschuldung des Staates auf dem privaten Kapitalmarkt zu finanzieren statt durch Steuern. Nur sie stoßen den Bürger im politischen Abstimmungsmechanismus darauf, daß auch die Leistungen des Staates bezahlt werden müssen.

Das Haushaltsrecht erlaubt es, sich für "werbende Ausgaben", Investitionen des Staates, zu verschulden. Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft begründen die Verschuldung mit dem "Generationenvertrag". Zukünftige Generationen sollen durch Zahlung des Schuldendienstes ihren Beitrag zu Investitionen früherer Generationen leisten, weil alle Generationen von den Investitionen Vorteile haben. Erstaunlich ist an dieser Begründung nur, daß sie offenbar für die private Wirtschaft nicht gilt: Großunternehmen werben unwidersprochen um Verständnis für mehr und größere Gewinne, um die "Zukunftsinvestitionen" zu finanzieren. Diese Rolle erhält dagegen in der marktwirtschaftlichen "reinen Theorie" gerade der Kapitalmarkt. Über ihn stellt der

souveräne Konsument seine Ersparnisse zur Verfügung und macht damit von seiner Konsumentensouveränität doppelt Gebrauch, nämlich auf Güter- und Kapitalmärkten. Wichtige Zukunftsinvestitionen der Gegenwart werden zunehmend durch Sonderabgaben finanziert - eine Art privater Besteuerung (Kohlepfennig, Atomgroschen, Verkabelungsgroschen für die neue Massenkommunikation, Staffelmieten im Wohnungsmarkt mit jährlich festgelegten Mietsteigerungen).

Der Anspruch auf Gewinn für Zukunftsinvestitionen entzieht dem Konsumenten einen Teil seiner Kontrollfunktion. Die Verschuldung des Staates für Zukunftsinvestitionen erschwert die politische Kontrolle der dem Staat aufgebürdeten Aufgaben durch den Bürger. Entsprechend höhere Schulden statt viel schmerzhafterer Steuern verschleiern die volkswirtschaftlichen Kosten eines größeren Angebots staatlicher Leistungen. Während insbesondere große, marktbeherrschende Unternehmen unter Berufung auf marktwirtschaftliche Prinzipien die Finanzierung ihrer "Zukunftsinvestitionen" durch entsprechende Gewinne beanspruchen, drängt dieselbe "marktwirtschaftliche Philosophie" den Staat in größere Verschuldung statt zu größerer Besteuerung. Dies läßt allen politischen Gruppen die Parole "mehr Markt, weniger Staat" als bequemen Ausweg erscheinen und belebt andererseits den traditionellen Kampf um wirtschaftliche Freiheit als Freiheit vom Staat.

Darin äußert sich erneut der "Alleinherrschaftsanspruch" marktwirtschaftlichen Denkens: Denn weniger Staat ist nur überzeugend, wenn dahinter die Idee des klassischen Wirtschaftsliberalismus steht, daß Marktprozesse immer besser sind zur Erreichung des Wohlfahrtsmaximums als politische Steuerung der Wirtschaft durch den demokratischen Staat. Wer nur Pauschalsteuern senken und Ausgaben kürzen möchte, um weniger Staat zu erreichen (typisch dafür ist die Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierungen in Amerika, Großbritannien), ignoriert den historischen Prozeß, der ja gerade aufgrund sozialer und wirt-

schaftlicher Fehlentwicklungen marktwirtschaftlicher Prozesse die staatliche Steuerung in der freiheitlich-demokratischen Ordnung durch Mehrheitswillen der Bürger hervorbrachte. Was aus dieser Perspektive notwendig wäre und vernünftig, ließe sich als "besserer Staat" umschreiben, der prüft, ob seine Leistungen und Reglementierungen noch den gesetzten Zielen dienen oder die Ziele selbst vom Bürger inzwischen nicht mehr akzeptiert werden.

Das Beharren auf "ökonomischer Sachgesetzlichkeit" und den ihr allein entsprechenden marktwirtschaftlichen Prinzipien, durch die Alternative mehr Markt und weniger Staat, verschleiert lediglich den eigentlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konflikt der Gegenwart. Er hat seine Wurzeln in der Priorität demokratischer, d.h. politischer Abstimmungsprozesse der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Daraus entsteht eine ständige Konkurrenz zwischen marktwirtschaftlicher und demokratischer Abstimmung. Solange hohes wirtschaftliches Wachstum allen Gruppen der Gesellschaft gleichzeitig mehr Wohlstand versprach, brauchte der politische, demokratische Abstimmungsmechanismus nicht so stark bemüht werden, um die Ergebnisse der Marktprozesse durch Umverteilung zu korrigieren. Das abnehmende wirtschaftliche Wachstum oder gar der Zweifel an dem Sinn weiteren wirtschaftlichen Wachstums verschärft aber den Verteilungskampf und damit den Wettbewerb zwischen demokratischem, politischem und marktwirtschaftlichem Abstimmungsmechanismus. Das marktwirtschaftliche Denken und die reine Wirtschaftstheorie verleiten dazu, Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik, marktwirtschaftlichem und demokratischem Abstimmungsmechanismus zu ignorieren bzw. die politische Abstimmung als "unsachlich" abzuwerten und so zu tun, als ob ohne politische Lenkung, d.h. ohne staatliche Eingriffe, die Fehlentwicklung marktwirtschaftlicher Prozesse sich selbst kontrollieren und korrigieren. Mit der Forderung nach "mehr Markt" läßt sich dann zwar Leistungsgerechtig-

keit verbinden. Nur handelt es sich um wirtschaftliche Leistung. Ihr Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, zum Gemeinwohl hängt nicht nur davon ab, daß wirtschaftlicher Wettbewerb nicht durch wirtschaftliche Macht verzerrt wird, sondern auch davon, ob und inwieweit Leistung in der Gesellschaft ihren Sinn und ihr Gewicht nach Maßstäben wirtschaftlicher Leistung erhält. Ökonomisches und "moralisches Denken" wäre ein eigenes Thema¹⁸.

In der Tat läßt sich eine fiktive Gesellschaft als freie Marktwirtschaft ohne Staat denken, welche die in der Vergangenheit beklagten Fehlentwicklungen rein theoretisch durch Reaktionen und Rückkoppelungen im marktwirtschaftlichen System zu neuen Gleichgewichten führen könnte: Die soziale Frage im 19. Jahrhundert hat ihre Ursachen darin, daß der Mensch nicht eine Ware ist, die gemäß individuellem Nutzen und Gewinn getauscht wird. Lediglich in der Form der Sklaverei liefert das marktwirtschaftliche System "rein theoretisch" wieder die notwendige Geschlossenheit, um von dem Interesse des "Eigentümers" an der Erhaltung der Leistungsfähigkeit des "menschlichen Kapitals" auch Leistungen zu erwarten, die so etwas darstellen wie soziale Sicherheit und Geborgenheit. Durch den Übergang zur Lohnarbeit geht dieses "Eigentümer-Interesse" am "menschlichen Kapital" verloren. Gekauft wird auf dem Arbeitsmarkt nicht der ganze Mensch, sondern nur noch die Arbeitsleistung. Ihr Preis (Lohn) richtet sich wie der Preis einer Ware nach Angebot und Nachfrage von Arbeitsleistungen. Arbeitslosigkeit - als Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt - kann es nicht geben, sondern nur zu hohe Löhne. Denn ein überschüssiges Angebot von Arbeitsleistungen wird gemäß den marktwirtschaftlichen Prinzipien den Lohn drücken; zu niedrigerem Lohn aber wird, gemäß der unterstellten "Sachgesetze", wieder mehr Arbeitsleistung durch die Unternehmer nachgefragt. Der Lohn kann wieder steigen.

Erhöhen die Unternehmer - aus welchen Gründen auch immer - ihre Nachfrage nach Arbeitsleistungen nicht oder nicht ausreichend, dann erreicht der Lohn die kritische Grenze, bei der biologische Rückkoppelungsprozesse die Bevölkerung aufgrund unzureichender Lebensbedingungen wegen zu niedriger Einkommen reduzieren. Das aber vermindert längerfristig das Angebot an Arbeitsleistung. Der Lohn könnte bei gleichbleibender Nachfrage wieder steigen. Damit verbessern sich aber auch erneut die Lebensbedingungen. Die Bevölkerung wächst. Hält das längerfristig an, leiten erneut biologische Prozesse einen Rückgang der Bevölkerung ein. Die Entwicklung wiederholt sich. Dieser von dem Theologen und Professor für Politische Ökonomie an einer - modern gesprochen - privaten Fachschule für eine britische Übersee-Handelsgesellschaft, Robert Malthus, als Kampf ums Dasein beschriebene Ausleseprozeß (Sozialdarwinismus), entstand im marktwirtschaftlichen Denken bereits vor Darwin, der die Entstehung der Arten in der Natur als Kampf ums Überleben erklärte. Darwin bezieht sich dabei in der Einleitung seines aufsehenerregenden Werkes zur "Entstehung der Arten" auf Robert Malthus und seine Darstellung des "Kampfes ums Dasein" bei den Menschen.

Solche Vorstellungen erscheinen konsequenten Vertretern "marktwirtschaftlicher Philosophie" auch heute noch "logischer" als Soziale Marktwirtschaft und der moderne Wohlfahrtsstaat. Ein hervorragendes Beispiel ist der schon erwähnte Nobelpreisträger für Wirtschaft, Friedrich von Hayek, und sein umfangreiches Werk. Die daraus von ihm selbst abgeleiteten wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Folgerungen verweigern - durchaus logisch - der Sozialen Marktwirtschaft die Anerkennung als Marktwirtschaft und erwarten eine rationale und gerechte Abstimmung individueller Interessen allein über die "preisgesteuerte" Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Steuerung wird auch zugetraut, Bevölkerungsvermehrung und Lebensbedingungen

immer im Gleichgewicht miteinander zu halten. Es erübrige sich, weiterzudenken, als es die Informationen über die Märkte erlauben. Die Behauptung sei zwar richtig, daß der Kapitalismus das Proletariat geschaffen habe. Aber diesen Menschen, die sonst wohl nicht einmal geboren worden wären, habe er die Möglichkeit gegeben, zu leben¹⁹.

Diese marktwirtschaftliche Logik macht deutlich, daß sich die mit heutigen gesellschaftlichen, sozialen und ethischen Normen kaum zu vereinbarenden Konsequenzen des Sozialdarwinismus im marktwirtschaftlichen Denken nur umgehen lassen, wenn der Glaube aufrechterhalten werden kann, daß die marktwirtschaftlichen Prozesse immer wieder Engpässe in der Versorgung durch neuen technischen Fortschritt, neue Entdeckungen von Rohstoffen und damit weiteres wirtschaftliches Wachstum überwinden. Wirtschaftliche, politische und soziale Stabilität ist neben der Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Regeln und Prinzipien als Recht und Ordnung wesentlich mit ständigem wirtschaftlichen Wachstum verbunden. Dies kann durch staatliche Eingriffe - z.B. in der Sozialen Marktwirtschaft - nur gestört oder behindert werden. Dadurch droht die Gefahr, daß Verteilungskämpfe den sozialen Frieden und die politische Stabilität gefährden. Ständiges wirtschaftliches Wachstum nimmt somit dem marktwirtschaftlichen Denken den Geruch, "unmenschlich" zu sein, bzw. unmoralisch. Wirtschaftliches, marktwirtschaftliches Denken sträubt sich letztlich, eine andere als die marktwirtschaftliche Verteilung der wirtschaftlichen Leistung einer Gesellschaft zu billigen, um das durch den Alleinherrschaftsanspruch des ökonomischen Prinzips (sowohl als Wirtschafts- als auch als Gesellschafts-System) "geschlossene System" nicht anderen (unsachlichen, politischen, demokratischen) Entscheidungsprozessen auszuliefern. Sie können nur von dem über die marktwirtschaftlichen Prozesse "prognostizierten" Wohlfahrtsmaximum weg-

führen, also eine "zweitbeste Lösung" darstellen.

Faszinierend und gleichzeitig verwirrend an diesem Denkmuster ist der Ausgangspunkt in der individuellen Freiheit, insbesondere als wirtschaftliche Freiheit. Unbemerkt wird jedoch individuelle Freiheit durch die Handlungs-Mechanik des ökonomischen Prinzips ersetzt. Freiheit ist Reaktion nach dem Rationalitätsprinzip. Diese Folgerung ähnelt der des marxistischen Denkmusters, nach dem Freiheit Einsicht in die Notwendigkeit ist. Die marktwirtschaftliche Denk-Mechanik nach dem ökonomischen Prinzip erlaubt die Ableitung bzw. die Prognose eines Wohlfahrtsmaximums durch konsequente Verfolgung des Prinzips. Die dazu denknotwendige Voraussetzung einer "sozialen Wohlfahrtsfunktion", die zu maximieren wäre, ergibt sich rein theoretisch aus der Formalisierung der Wirtschaftstheorie als Wohlfahrtstheorie. Sie folgert weiter, daß es in einer auf dem Individualprinzip beruhenden Gesellschaftsordnung keine soziale Wohlfahrtsfunktion geben könne (Unmöglichkeitstheorem in den wirtschaftspolitischen Lehrbüchern). Daraus wird für die Wahl zwischen den Alternativen Marktwirtschaft und Planwirtschaft der Schluß gezogen, daß nur die Marktwirtschaft mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung vereinbar ist.

Diese Folgerung ist aber unvollständig und deshalb für die Ableitung eines Alleinherrschaftsanspruches der Marktwirtschaft als Grundlage der freiheitlich-demokratischen Ordnung, die gleichzeitig individuelle Freiheit und Wohlfahrtsmaximum garantiert, unzulässig. Das theoretische Ergebnis, daß die Ableitung eines Wohlfahrtsmaximums eine soziale Wohlfahrtsfunktion voraussetzt, erlaubt in dem gewählten Bezugssystem nur den Schluß: Die Ableitung bzw. Prognose eines Wohlfahrtsmaximums ist in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung nicht möglich. Die rein theoretische Ableitung des Maximums bestätigt umge-

kehrt die Behauptung, daß unbemerkt individuelle Freiheit als Ausgangspunkt durch die Mechanik des ökonomischen Prinzips ersetzt worden ist. Diese Einsicht entzieht aber der Marktwirtschaft den Alleinherrschaftsanspruch als Orientierung für den Weg zum Wohlfahrtsmaximum oder - bescheidener - wenigstens zu zweitbesten Lösungen. Für sie kann nämlich gerade gelten, daß nicht ein Mischsystem mit weniger staatlichen Eingriffen, mehr Markt, dem Wohlfahrtsmaximum näher kommt, sondern gerade ein Mischsystem mit mehr staatlichen Eingriffen (Theorie des Zweitbesten in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern).

Erst wenn sich das wirtschaftliche Denken von der durch die marktwirtschaftliche Logik geprägten Vorstellungen löst, die freiheitlich-demokratische Ordnung erlaube die Bestimmung bzw. Prognose eines Wohlfahrtsmaximums, hat die Soziale Marktwirtschaft eine Chance, nicht rein theoretisch als zweitbeste Lösung, als kleineres Übel, durch marktwirtschaftliche Theoretiker "geduldet" zu werden, sondern als die unter den gegebenen Bedingungen der Wirklichkeit beste Lösung Anerkennung zu finden. Gemeinwohl ergibt sich in unserer Gesellschaft als freiheitlich-demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung mit ihren unterschiedlicher "Sachlogik" folgenden Teilsystemen (u.a. Wirtschaft und Technik) nur aus dem Nebeneinander von marktwirtschaftlichen und politischen, d.h. demokratischen Entscheidungsprozessen. Dabei gebührt in der freiheitlich-demokratischen Ordnung den politischen Prozessen nach der Mehrheit der Stimmen der Bürger letztlich Priorität und nicht der marktwirtschaftlichen Abstimmung nach der Mehrheit der Kaufkraft. Diese Legitimierung eines starken demokratischen Staates auch als Träger der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik stellt die neue Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus (Ordoliberalismus) nach der Weltwirtschaftskrise dar.

Diese neue Botschaft versuchen diejenigen aber wieder zu ver-

drängen, die die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht als Soziale Marktwirtschaft charakterisieren, sondern als "unsere freie Marktwirtschaft". Der Zusatz "frei" erübrigt sich nach dem Ausgangspunkt marktwirtschaftlichen Denkens in der individuellen Freiheit. Die häufige Formulierung "unsere freie soziale Marktwirtschaft" trägt der Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus zwar Rechnung, versucht jedoch, die von ihm geweckten Erwartungen auf soziale Gerechtigkeit durch Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik eines starken Staates wieder zurückzudrängen und die wirtschaftliche Freiheit als Freiheit vom Staat erneut in den Vordergrund zu rücken. Das gilt auch für die politischen Parolen "mehr Markt, weniger Staat" und "Freiheit oder Sozialismus" in den Wahlkämpfen des letzten Jahrzehntes.

Der eigentliche Konflikt, zwischen Sozialer Marktwirtschaft auf der einen Seite und wirtschaftlicher Effizienz auf der anderen Seite, entsteht so einerseits mit der Aufrechterhaltung der Interpretation der individuellen Freiheit als wirtschaftliche Freiheit und Freiheit wirtschaftlicher Aktivität vom Staat - mit gleichzeitiger Übernahme des alten Denkmusters vom Staat als einer Autorität außerhalb der Bürger und ihrer Interessen, wie z.B. im Staat des Feudalismus und Absolutismus. Andererseits zeigt ein Blick in die moderne wirtschaftliche Organisation, daß individuelle Freiheit in der Wirtschaft in zunehmendem Umfang (Großunternehmen, Konzentration) zugunsten größerer einzelwirtschaftlicher Effizienz geopfert worden ist. Individuelle Freiheit in der Wirtschaft und wirtschaftliche Effizienz geraten also in Konflikt miteinander. Konsequentes Denken im Rahmen des neuen Wirtschaftsliberalismus stößt auf diesen Konflikt und löst ihn politisch: "Wir würden für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme. Es wäre unerträglich,

Güter auf Kosten der Freiheit zu gewinnen. Die Wahlnotwendigkeit besteht jedoch nicht. Die Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur mehr immateriellen, sondern auch mehr materiellen Wohlstand geschaffen als andere Ordnungsformen"²⁰.

Dieser "Pragmatismus" darf aber nicht den Blick dafür trüben, daß wirtschaftliches Denken gemäß der marktwirtschaftlichen Philosophie dazu neigt, die historische Rolle der wirtschaftlichen Freiheit und damit marktwirtschaftliche Prinzipien bei der Erringung individueller politischer Freiheit der Bürger in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung für die Zukunft festzuschreiben, d.h. Liberalismus mit Wirtschaftsliberalismus zu identifizieren. Diese Problematik des marktwirtschaftlichen Denkens ist abschließend noch näher zu erläutern.

4. Freiheit in der Wirtschaft oder Freiheit von der Wirtschaft

Die Rechtfertigung der wirtschaftlichen Freiheit als besonderer Autonomieanspruch eines Teilsystems der Gesellschaft, bzw. in einem Teilsystem der Gesellschaft, beruht seit Adam Smith auf der Vorstellung, daß in diesem Teilsystem Markt und Wettbewerb entscheidende Kontroll- und Steuerungsfunktionen übernehmen können. Erhoffter Gewinn und drohender Verlust für das eigene Vermögen zwingen dazu, im Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern die eigene Leistung zu steigern. Diese Rechtfertigung der wirtschaftlichen Freiheit und des Eigentums mit der Leistung im Wettbewerb braucht zur Begründung eines wirksamen Sanktionsmechanismus das Risiko und die Haftung des Marktteilnehmers für alle seine wirtschaftlichen Entscheidungen mit dem vollen Vermögen. In der modernen wirtschaftlichen Organisation ist aber gerade diese Haftung durch Rechtsformen einer "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" wesentlich eingeschränkt worden. Auf der anderen Seite aber blieb auch für diese wirtschaftlichen Organisa-

tionen - auch wenn sie inzwischen Hunderttausende von Mitarbeitern haben - das Recht auf "unternehmerische Freiheit" in der marktwirtschaftlichen Philosophie erhalten. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Freiheit in der Wirtschaft, bzw. die Bedeutung dieser wirtschaftlichen Freiheit für die individuelle Freiheit in der Gesellschaft.

Es zeigte sich bereits, daß zugunsten der wirtschaftlichen Effizienz für die in der Wirtschaft beschäftigten Individuen im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung ständig "Freiheitsbeschränkungen" zugunsten des Organisationszweckes in der Wirtschaft in Kauf genommen werden mußten. Dieses Opfer an individueller Freiheit scheint aber vertretbar, wenn es durch eine schnellere und bessere Produktion von Gütern kompensiert wird. Das gibt aber dann dem Wunsch der in der Wirtschaft abhängig Beschäftigten nach mehr Freiheit von dieser Organisation ein anderes Gewicht. Arbeit ist nicht mehr Lebenserfüllung, Lebenszweck, sondern lediglich das Mittel, um sich möglichst rationell und effizient mit den für seinen Lebensstandard gewünschten Gütern versorgen zu können. Dies rüttelt an einem für die marktwirtschaftliche Philosophie wesentlichen Grundsatz, nämlich daß Freiheit in der Gesellschaft unteilbar ist. Daraus folgt das Recht auf Freiheit in der Wirtschaft. Die vorhergehenden Überlegungen beweisen aber, daß Freiheit in der Gesellschaft teilbar ist und immer teilbar war. In Teilbereichen der Gesellschaft, wie z.B. der Verteidigung gegen innere und äußere Feinde, mußten zugunsten der Effizienz dieser Verteidigung immer Freiheitsbeschränkungen in Kauf genommen werden.

Die moderne Gesellschaft gerät mit zunehmendem Überfluß an materiellen Gütern immer mehr in die Lage, zwischen Freiheit in der Wirtschaft und größerer Effizienz der wirtschaftlichen Leistung zu wählen. Die gegenwärtigen Diskussionen um eine humane

Umwelt, mehr Humanität am Arbeitsplatz sowie qualitatives Wachstum weisen darauf hin, daß sich die für die Gewichtsbestimmung der wirtschaftlichen Freiheit maßgebenden Kriterien auf dem Wege von der "Armut- zur Überflußgesellschaft" entscheidend gewandelt haben. Eine wichtige Neubestimmung der Rolle der wirtschaftlichen Freiheit für die Freiheit in der Gesellschaft nahm bereits der neue Wirtschaftsliberalismus nach der Weltwirtschaftskrise vor. Das aus der Erfahrung mit dem autoritären Staat gewachsene Verständnis von individueller Freiheit als Freiheit vom Staat spielte insbesondere für die wirtschaftliche Freiheit und die Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung als Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft die entscheidende Rolle. Es ist nicht umstritten, daß wirtschaftliche Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit im 18. und 19. Jahrhundert - besonders unterstützt durch die industrielle Revolution - ein entscheidender Motor bei der Erringung politischer Freiheiten der Bürger, d.h. der Demokratisierung des Staates und der Lösung aus den Fesseln des Feudalismus waren.

Damit gerät die marktwirtschaftliche Philosophie in doppelte Bedrängnis: Die Etablierung einer demokratischen Ordnung und der Wandel des Staates zur freiheitlich demokratischen Ordnung machen die Wirtschaft als "Gegengewicht gegen den Staat" weniger wichtig - im Gegenteil, die wirtschaftliche Macht wird zu einem zentralen Thema gesellschaftspolitischer Diskussionen. Der neue Wirtschaftsliberalismus fand dafür die Lösung mit der Idee der Wirtschaftsordnung durch einen starken (demokratischen) Staat. Ähnlich ergeht es der marktwirtschaftlichen Philosophie mit dem wirtschaftlichen Wachstum als ein wichtiges Ziel bzw. als das entscheidende Ergebnis marktwirtschaftlicher Abstimmung. Mit immer mehr Überfluß an materiellen Gütern wird einerseits das Bewußtsein für die Notwendigkeit wirtschaftlicher Effizienz und wirtschaftlicher Leistung schwächer. Andererseits sind mit

der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung und den von der Wirtschaftswissenschaft geförderten Steuerungsmöglichkeiten des Wirtschaftsablaufs auch die Erwartungen an die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft ständig gewachsen²¹. Die Ergebnisse von Marktprozessen werden nicht mehr als schicksalhafte Konjunkturen und Krisen empfunden, als natürliche Folge von "fetten und mageren Jahren", sondern gelten als Ausdruck eines "politischen Steuerungsdefizits".

Damit wird das gerade im Wirtschaftsliberalismus begründete "Unwert-Urteil" über die Staatsautorität nicht nur zu einem Problem für Recht und Ordnung in der Gesellschaft, sondern auch zu einem Problem für effiziente Organisation der Volkswirtschaft durch politische, demokratische Entscheidungsprozesse des modernen Staates. Er trägt letztlich auch die Verantwortung für die Stabilität wirtschaftlicher Prozesse und für ein steigendes und angemessenes wirtschaftliches Wachstum. In der Bundesrepublik ist dies mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 sogar gesetzlich verankert. Diese Zusammenhänge erklären die paradoxe Situation, daß gerade die eifrigsten Verfechter "unternehmerischer Freiheit" und marktwirtschaftlicher Prinzipien als Freiheit vom Staat den Autoritätsverlust des Staates und die Gefahren für Recht und Ordnung beklagen. Insbesondere diese Auswirkungen des traditionellen Wirtschaftsliberalismus erfordern es, die Bedeutung der wirtschaftlichen Freiheit als Freiheit eines Teilsystems der Gesellschaft, bzw. in einem Teilsystem der Gesellschaft, unter den neuen Rahmenbedingungen der freiheitlich-demokratischen Ordnung neu zu durchdenken. Marktwirtschaftliches Denken und marktwirtschaftliche Philosophie haben dies aber eher behindert als gefördert.

Eine marktwirtschaftliche Philosophie, die gleichzeitig mehr Markt und weniger Staat fordert und die wirtschaftliche Freiheit als Freiheit vom Staat zur zentralen Botschaft ihrer Phi-

losophie macht, kann nicht gleichzeitig mit derselben Überzeugungskraft in einer durch wirtschaftliche Leistung geprägten "Leistungsgesellschaft" den Verlust von Staatsautorität beklagen. Die daraus entspringende Forderung nach mehr Recht und Ordnung durch staatliche Gewalt büßt gerade dadurch an Autorität ein, daß die marktwirtschaftliche Philosophie Staat und staatliche Verwaltung mit Denkmustern der Ineffizienz und der Freiheitsbedrohung abstempelt, die aus dem 19. Jahrhundert, bzw. aus Jahrhunderten des autoritären Staates und nicht des demokratischen Staates stammen. Die in dem Staatsverständnis notwendige Aufklärung, die das Bayer. Kultusministerium in der Auseinandersetzung um die "gesellschaftliche Anbindung" der Universitäten von den Repräsentanten der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Lehre und Forschung erwartete, ist in der marktwirtschaftlichen Philosophie noch keineswegs fest verankert: "Die Parole: Mehr Autonomie, weniger Staat ist kein fortschrittlicher Schlachtruf mehr, seit der Staat nicht mehr der Gegner der Freiheit, sondern durch Konstitutionalisierung, parlamentarische und richterliche Kontrolle ihr stärkster Hort"²².

Gerade in einem Jahrzehnt, wo aufgrund abnehmenden wirtschaftlichen Wachstums und zunehmender Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Staatsaufgaben die traditionelle Perspektive des klassischen Wirtschaftsliberalismus in der Parole "mehr Markt, weniger Staat" neue Stoßkraft erhält, droht die Gefahr, daß entgegen der Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus, insbesondere des Ordoliberalismus, ein undifferenziertes Verständnis von wirtschaftlicher Freiheit als Freiheit vom Staat erneut Vorschub erhält. Dies mag für "Realpolitiker" ein notwendiger Organisationsimpuls zu mehr Freiheit in einem an sozialer Sicherheit erstickenden Wohlfahrtsstaat sein, sollte die Wissenschaft aber nicht daran hindern, Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Ordnung in grundsätzlichen Zusammenhängen zu se-

hen und insbesondere deren historischen Wandel darzustellen. Das Karrieresystem der Wirtschaftswissenschaften, in dem die marktwirtschaftlichen Prinzipien und ihre Garantie für maximale Wohlfahrt durch Freiheit nahezu das "Objekt der Wissenschaft" bilden, erscheinen Betrachtungen über die marktwirtschaftliche Philosophie und ihren Zusammenhängen und Auswirkungen in der Gesellschaft zuweilen als "wertend", unsachlich und damit unwissenschaftlich, wenn die Überlegungen nicht in den gewohnten Denktraditionen verlaufen bzw. nicht die gewohnten Ergebnisse liefern.

Die individuelle Freiheit der Mitarbeiter eines großen Unternehmens spielt gegenüber der hierarchischen Einordnung in den Unternehmenszweck, Gewinn zu machen, am Markt Erfolg zu haben und den Wunsch der Eigentümer nach Verzinsung ihres Kapitals zu erfüllen, eine geringe Rolle. Die "Mitbestimmung" ist zunächst ein Ergebnis der in Gewerkschaften und politischen Parteien organisierten Arbeitnehmer. Sie nehmen für sich in Anspruch, ein Gegengewicht gegen die wachsende wirtschaftliche Macht durch wirtschaftliche Organisation nach Kapitalinteressen darzustellen. Mehr oder weniger ungewollt leistet dieser politische Druck einen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Stabilität, weil in der stürmischen Phase marktwirtschaftlichen Wachstums Massenproduktion durch Masseneinkommen gesichert wird. Der einzelne Unternehmer neigt eher dazu, weiteres Wachstum durch niedrigere Löhne zu erwarten. Individuelle Freiheit bedeutet für die in der hierarchischen Organisation der Unternehmen eingebundenen Bürger nicht Freiheit in der Wirtschaft, sondern Freiheit von der Wirtschaft durch größeres Einkommen, soziale Sicherheit und wachsende Freizeit. Umgekehrt aber beanspruchen "unternehmerische Freiheit" mehr und mehr anonyme wirtschaftliche Organisationen "mit beschränkter Haftung". Es ist die Freiheit, wirtschaftliche Ziele zu verfolgen, die Gewinnerzie-

lung gemäß marktwirtschaftlicher Prinzipien in den Vordergrund zu stellen. Darin zeigt sich die mit einer Ergänzung in der Verfassung der Vereinigten Staaten von 1776 bereits beginnende problematische Entwicklung des Wirtschaftsliberalismus, die Garantie für individuelle Freiheit - vor allem zu wirtschaftlicher Aktivität als Beitrag zur Erhöhung individuellen Glücks - nicht nur "natürlichen Personen" zugestehen, sondern auch "juristischen Personen", insbesondere den wirtschaftlichen "Gesellschaften mit beschränkter Haftung".

Was dies für die traditionelle Gewichtung der wirtschaftlichen Freiheit als Grundlage individueller Freiheit in der Gesellschaft bedeutet, ist noch wenig durchdacht worden. Traditionelles marktwirtschaftliches Denken neigt dazu, diese Problematik "auszublenden". Dieser Vermutung widerspricht es nicht, wenn das geänderte gesellschaftliche Bewußtsein Großunternehmen dazu veranlaßt, dem Vorwurf, nur an "Profiten" interessiert zu sein, mit der Aufstellung von "Sozialbilanzen" als Bestandteil der "Öffentlichkeitsarbeit" (public relation) zu begegnen. Darüber geht ein neuer Ansatz der modernen Betriebswirtschaftslehre (systemorientierte Betriebswirtschaftslehre) hinaus. Er setzt an die Stelle der traditionellen, zum Gewinnmaximum führenden Entscheidungslogik gemäß dem hierarchischen bürokratischen Ideal rationaler Organisation das Unternehmen als "produktives, soziales System". Umgekehrt gibt es Ansätze in der modernen Organisationstheorie, die gesamte Gesellschaft nach dem Vorbild des Unternehmens als "Organisation", bzw. als ein Geflecht von Organisationen verschiedenster Art zu interpretieren²³.

Für die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Freiheit und individueller Freiheit in der Gesellschaft sind insbesondere Überlegungen interessant, individuelle Freiheit in der modernen Gesellschaft nicht mehr als Freiheit vom Staat, von kollektiver Organisation allgemein zu interpretieren, sondern als Freiheit

des Einzelnen in einer freiheitlich demokratischen Ordnung, zwischen einer Vielzahl von Organisationen mit unterschiedlichen und vielfältigen Zielen und Zwecken wählen zu können²⁴. In der Organisation selbst muß die individuelle Freiheit mehr oder weniger durch "bürokratische Organisation" - nach Max Weber der "Idealtyp rationaler Organisation" - zugunsten des Organisationszwecks aufgegeben werden. Aus dieser Perspektive ließe sich dann für die charakteristische wirtschaftliche Organisation im Großunternehmen folgern: Entweder die wirtschaftliche Organisation erlaubt eine Vielzahl (Pluralität) von wirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Zwecken oder die moderne Gesellschaft als Wohlfahrtsstaat und Überflußgesellschaft muß sich damit abfinden, daß - entgegen der traditionellen Wirtschaftsphilosophie und ihrer Verankerung in einer "Armutsgesellschaft" - individuelle Freiheit nicht in der hierarchischen Organisation der Unternehmen, sondern als "Freiheit von der Wirtschaft" außerhalb der wirtschaftlichen Organisation zur "freien Entfaltung der Persönlichkeit" führt, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik als Grundrecht garantiert. Alternative Parteien, Gruppen, alternative Wirtschaft und alternatives Leben sind bereits Anzeichen solcher neuen organisatorischen Strukturen unserer Gesellschaft. Alte, inzwischen vergessene oder durch die marktwirtschaftliche Philosophie als nicht "freiheitlich genug" abgestempelte Organisationen könnten auf diese Weise auch wieder neue Bedeutung erhalten. Zu denken wäre dabei insbesondere an die Genossenschaften, die Organisation als "gemeinwirtschaftliches Unternehmen" zur Förderung der wirtschaftlichen Solidarität bzw. bestimmter Ideen. Stiftungen jeder Art sowie Sparkassen und Genossenschaften ließen sich so neu begründen. Das gilt auch für die besondere Bedeutung kleinerer und mittlerer Unternehmen in der marktwirtschaftlichen Ordnung²⁵.

Die undifferenzierte Übernahme der Begründung wirtschaftlicher Freiheit mit der Unteilbarkeit der Freiheit in der Gesellschaft

ist zwar so nicht zu rechtfertigen, aber besser und neu zu interpretieren. Wirtschaftliche Freiheit ist in Anbetracht der Art wirtschaftlicher Organisation gemäß wirtschaftlicher und technischer "Sachlogik" in der modernen Volkswirtschaft aus der Perspektive der gesamten Gesellschaft gesehen teilbar, muß sogar teilbar sein, um den vielen Zielen und Zwecken einer freiheitlich demokratischen Ordnung und den Sachgesetzen in speziellen Bereichen Rechnung tragen zu können. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden - was marktwirtschaftliche Philosophie und ihr Alleinherrschaftsanspruch für eine Organisation zu maximaler Wohlfahrt gern tut -, daß individuelle Freiheit in einer freiheitlich demokratischen Ordnung auch Freiheit zu Irrationalität, Emotionalität, idealistischen statt materialistischen Zielen bedeuten kann. Alles zusammen verdichtet sich in demokratischen Prozessen zu einem Konsens über Gemeinwohl. Die Fähigkeit zur Konfliktlösung ist die eigentliche - von jeder Art von Sachlogik gern übersehene oder als unsachlich abgestempelte - Effizienz sozialer und politischer Organisation.

Die undifferenzierte Forderung nach wirtschaftlicher Freiheit, mehr Marktwirtschaft bedeutet dann eine Art "wirtschaftlicher Politik der Stärke" zugunsten wirtschaftlicher Zielsetzungen und Interessen, weiteren wirtschaftlichen Wachstums als bequemster Form, diesen wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Gerade die zentrale Rolle der Wirtschaft für Freiheit und soziales Wohlbefinden hat sich mit der Überflußgesellschaft und dem Wohlfahrtsstaat, wie aufgezeigt wurde, entscheidend gewandelt. Es ist kein Zufall, daß die Entwicklungsländer als die "soziale Frage der heutigen Welt" immer weniger statt immer mehr Neigung zeigen, mit steigendem nationalem Selbstbewußtsein die Ideen einer Demokratisierung und Wohlfahrtssteigerung durch "freie Marktwirtschaft" nach dem Muster der europäischen Industrieländer im 19. Jahrhundert zu übernehmen. Typisch ist an-

dererseits, daß die "reinen Ökonomen" gerade dieser Industrieländer den Entwicklungsländern Marktwirtschaft, freie Marktwirtschaft, Freihandel empfehlen und nicht die aus der eigenen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung entstandene Soziale Marktwirtschaft oder wenigstens einen entsprechend zu interpretierenden "sozialen Freihandel"²⁶.

Dies ist keine Oberflächlichkeit, sondern Ausfluß des Alleinherrschaftsanspruchs "marktwirtschaftlichen Denkens" als Garant von Rationalität und Wohlfahrtsmaximum. Die "beste Lösung" wäre eben "freie Marktwirtschaft". Nicht einmal die Tatsache, daß in den außenwirtschaftlichen Beziehungen nur der "freie Handel" gefordert wird, macht die Wirtschaftstheorie mißtrauisch, daß es bei diesen Forderungen nicht nur um wertfreie Wissenschaft, sondern auch um Übernahme traditioneller Denkmuster der Industrieländer aus ihrer besonderen Entstehungsgeschichte und Interessenlage gehen könnte. Die Folge dieser "Kurzsichtigkeit" ist dann, daß bei "Fehlentwicklungen" die Rettung von den Betroffenen eher in der "Systemüberwindung", der Übernahme des alternativen Idealtyps der wirtschaftlichen Koordinierung gesehen wird. Der im marktwirtschaftlichen Denken, wie gezeigt, verankerte Grundsatz, daß es etwas Drittes - als beste Lösung - nicht geben kann, erweist sich gerade bei den Versuchen, Entwicklungsländer für marktwirtschaftliche Prinzipien zu begeistern, als ein wichtiges Hindernis. Je mehr die Ökonomen der Industrieländer "freie Marktwirtschaft", bzw. Freihandel empfehlen und damit Erfahrungen in den eigenen Ländern mit einer gesteuerten Marktwirtschaft, bzw. der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik ignorieren, desto eher werden marktwirtschaftliche Prinzipien in den Entwicklungsländern eher Mißtrauen als Vertrauen schaffen. Das Vertrauen setzt voraus, daß sich auch das marktwirtschaftliche Denken in seiner Formalisierung als Wirtschaftstheorie nicht länger nur als Entscheidungslogik nach dem ökonomischen Prinzip versteht - mit dem An-

spruch, den richtigen Weg zum Wohlfahrtsmaximum zu weisen, sondern als eine Erfahrungswissenschaft, die durch Erklärung von Zusammenhängen in der modernen Volkswirtschaft, in der Diagnose ihrer Engpässe und Schwierigkeiten und in der Lösung dieser Probleme die zentrale Aufgabe sieht. Als "neue Politische Ökonomie" empfiehlt sich dann nicht ein erweiterter "Herrschaftsanspruch" ökonomischen Denkens durch "ökonomische Theorie" der Politik, des Rechts und der Gerechtigkeit, sondern gerade die politische Einbindung der wirtschaftlichen Freiheit in das Gemeinwohl durch eine "politische Theorie der Ökonomie". Dies erfordert ein anderes Verständnis von "Wertfreiheit" der Wissenschaft, als es in der "reinen Wirtschaftstheorie" und mit ihr im ökonomischen Denken gepflegt wird.

Dann würde deutlicher werden, wie "wertend" auch wirtschaftswissenschaftlich begründete politische Schlagworte, z.B. "mehr Markt, weniger Staat", an den tatsächlichen Problemen und Konflikten der modernen Gesellschaft und Politik vorbeigehen. Es handelt sich um Parolen zur Organisation der Wähler zugunsten bestimmter "Parteien" und ihrem Ziel, politische Macht zu erringen, aber nicht primär um Organisation zur Erreichung von Zielen und Zwecken. Typisch dafür ist eine "liberale Partei", die sich ihren Wählern nicht primär mit einem Programm zur Lösung unbefriedigender Zustände präsentiert, sondern mit "Koalitionsaussagen" zugunsten der einen oder der anderen großen Partei. Marktwirtschaftliche Philosophie macht sogar das Herausstellen von Zielen und Zwecken im wirtschaftlichen Bereich als "Systemüberwindung" verdächtig. An die Stelle von Zielen und Zwecken treten "Prinzipien", deren Legitimation "sachlogisch" historisch, moralisch, ethisch oder philosophisch begründet wird. Die Brücke zur Wirtschaft bildet der Wirtschaftsliberalismus und seine Anti-These Planwirtschaft bzw. Sozialismus und Kommunismus.

Demgegenüber erweist sich die konsequente Durchsetzung wirtschaftlichen Wachstums gemäß "reiner Sachlogik" als "systemunabhängig". Das ist die Erklärung für die Erfahrung, daß Umweltprobleme auch im Sozialismus auftreten und daß der einzelne Mensch sich gerade dort Organisationen und Organisationszwängen ausgeliefert fühlt, die Opfer verlangen zugunsten eines abstrakten "Gemeinwohls". Es wird aus dem "jeweiligen Denkmodell" entweder über die marktwirtschaftlichen oder die sozialistischen Prinzipien begründet. Den einzelnen Menschen im marktwirtschaftlichen System drückt dabei gegenwärtig die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge um Verlust erreichter wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit. Die Menschen in sozialistischen Systemen leiden darunter, daß die geweckten Erwartungen auf das "Einholen der kapitalistischen Länder", die Erreichung eines "paradiesischen Zustandes" als Lohn für die opferreiche sozialistische Übergangsphase, von der Wirklichkeit immer weiter entfernt zu sein scheinen. Gerade sozialistische Systeme können sich nicht davor wappnen, daß die Erwartungen schneller wachsen als die wirtschaftlichen Erfolge. Die marktwirtschaftlichen Länder und ihr Fortschritt setzen dabei die Maßstäbe. Dieser Zusammenhang führt auch dazu, daß die Entwicklungsländer ihre Entwicklungsmöglichkeiten überschätzen, bzw. falsch nutzen.

Das weist "systemunabhängig" auf einen weiteren Mangel einer "Politik der Stärke" zugunsten wirtschaftlicher Ziele, insbesondere zugunsten des wirtschaftlichen Wachstums in der Gesellschaft: Wirtschaftliches Wachstum garantiert keineswegs - wie marktwirtschaftliche und sozialistische Philosophie unterstellen - politische Stabilität durch "Wohlstand für alle", sondern wirtschaftliches Wachstum macht deutlich bzw. überhaupt erst bewußt, wie die bestehende politische und soziale Organisation den Zuwachs an wirtschaftlicher Leistung verteilt. Wirtschaftliches Wachstum neigt deshalb dazu, bestehende gesell-

schaftliche und soziale Strukturen nicht, wie erwartet, zu festigen, sondern zu gefährden, weil die "Sachgesetzlichkeit" im wirtschaftlichen Teilsystem ihren Alleinherrschaftsanspruch - und damit weitere Opfer zugunsten weiteren wirtschaftlichen Wachstums - gerade mit den bereits erreichten Leistungen begründet und sich mit dem Hinweis auf die "wirtschaftliche Effizienz" gegen Veränderung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen sträubt. Damit erzeugt dieses Denken neue Erwartungen, die aber gerade innerhalb der alten Strukturen bisher schon unbefriedigt geblieben sind und deshalb auch unerfüllbar bleiben werden.

Auf diese Weise kommt es eher zu einer Aufstauung bzw. Verschleierung sozialer Konflikte durch an Prinzipien gebundene Erwartungen. Die Lösung erfolgt - folgerichtig gemäß der Mechanik logischen Denkens - in der Revolution als "sozialem Urknall". Er schafft jedoch nur vorübergehend "Luft", löst aber keine Konflikte, wenn entsprechend der traditionellen Logik die Denkmechanik nach dem einen Idealtyp durch den anderen, alternativen Idealtyp ersetzt wird. Dann vollzieht sich Wirtschaftspolitik etwa wie in Großbritannien zu beobachten: Die Wähler pendeln von der einen zur anderen politischen Alternative. Die eine Regierung privatisiert die Produktionsmittel, die andere verstaatlicht sie wieder. Die komplexe wirtschaftliche Organisation der modernen Gesellschaft ist zu empfindlich und sensibel, um unter diesen Rahmenbedingungen wirtschaftlich effizient zu arbeiten. Es ist andererseits keine besondere Auszeichnung gerade einer freiheitlich demokratischen Ordnung, wenn erst die Drohung einer "Revolution" den wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Reformen zugunsten einer "offenen Gesellschaft" Stoßkraft gibt. Die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sowie Prinzipien ist dann nur ein Alibi zur Aufrechterhaltung des status quo einer bestehenden gesellschaftlichen und sozialen Organisationsstruk-

tur. Wirtschaftlicher Wandel durch wirtschaftliches Wachstum verlangt aber auch sozialen Wandel. Mehr Stabilität durch mehr "wirtschaftliches Denken", mehr wirtschaftliches Wachstum, wie es gegenwärtig auch gerade marktwirtschaftlich organisierte Länder erhoffen, versagt dann für eine "Überflußgesellschaft" gerade in dem entscheidenden Punkt, nämlich der notwendigen neuen Bestimmung des Gewichts und der Rolle des wirtschaftlichen Teilsystems im Gesamtsystem der Gesellschaft.

Das läßt sich am Bild des Radfahrers sehr gut verdeutlichen: Jeder im Radfahren Geübte weiß, daß die Stabilität dieses "Systems aus Mensch und Maschine" mit steigender Geschwindigkeit zunimmt. Es dürfen aber keine Schlaglöcher und Kurven kommen, dann ist der Sturz sicher. Moderne, auf Hochgeschwindigkeit ausgerichtete Rennräder (ein gutes Bild auch für moderne, industrielle Gütererzeugung) setzen gar ein gepflegtes System möglichst gerader und asphaltierter Wege voraus. Die Gesellschaft wäre also - überträgt man dieses Bild auf sie - gezwungen, die Voraussetzungen der Stabilität durch entsprechende "Infrastruktur" erst zu schaffen. Es ist also eine Täuschung - durch logisches Fort-Denken aus der Perspektive eines Teilsystems - größere Stabilität von gleichbleibender oder noch größerer Geschwindigkeit der Fortbewegung in der einmal gewählten Richtung zu erwarten. Die kleinere Geschwindigkeit, ihre Abnahme oder gar der Stillstand können ihre Ursache gerade darin haben, daß die "Straßenverhältnisse" zu unübersichtlich sind oder überhaupt noch keine Straßen vorhanden sind.

Es wäre eine dankbare Aufgabe für "Sozialpsychologen" einmal zu untersuchen, warum gerade in einer Zeit der Benzinteuerung und zu befürchtender Benzinknappheit Autos ein besonderes Interesse finden, die - mit Vierganggetrieben und großer Leistung im Gelände ausgestattet - ihre eigentlichen Fertigkeiten erst entwickeln, wenn sie das ausgebaute Straßennetz verlassen, bzw. ver-

lassen könnten. Das aber gerade verbietet das wachsende "Umweltbewußtsein". Der Bewußtseinswandel von der Ökonomie zur Ökologie läßt nicht zu, daß die gesellschaftliche und soziale Organisation weiter gemäß den "Sachgesetzen" zu wirtschaftlichem Wachstum "planiert" wird.

Die marktwirtschaftliche Philosophie neigt jedoch dazu, unternehmerische Freiheit unter der Kontrolle marktwirtschaftlicher Prinzipien umzumünzen in einen Anspruch der Unternehmen auf ausreichende Gewinne für "Zukunftsinvestitionen", einen Anspruch auf ständiges wirtschaftliches Wachstum, für das die Gesellschaft entsprechende Opfer zu bringen hat. Das aber kehrt die Beziehungen von Wirtschaft und Gesellschaft in einer freiheitlich-demokratischen sowie marktwirtschaftlichen Ordnung geradezu um. Dies äußert sich z.B. darin, daß im Deutschen Bundestag anläßlich einer Energiedebatte in den Jahren 1976/1977 der zuständige (liberale) Wirtschaftsminister folgende Gleichung aufstellte: Wir brauchen mehr Energie (er meinte Atomenergie) zur Sicherung wirtschaftlichen Wachstums, dieses zur Aufrechterhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung und damit der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Bei allen Vätern der marktwirtschaftlichen Idee, insbesondere auch der Sozialen Marktwirtschaft, war aber Marktwirtschaft die Voraussetzung und die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, nicht jedoch wirtschaftliches Wachstum die Voraussetzung für Marktwirtschaft. Diese Vorstellung entspricht genau dem Bild des Radfahrers, der sich mehr Stabilität durch gleichbleibende oder gar steigende Geschwindigkeit der Fortbewegung seines Systems erhofft. Dazu bedarf es aber - wie in dem Bild vom Radfahrer deutlich wurde - immer anspruchsvollerer Voraussetzungen in der Umwelt, d.h. letztlich zunehmender staatlicher Eingriffe. Ein prominentes Mitglied der CDU, Kurt Biedenkopf, dem auch wesentlicher Einfluß auf das zitierte Grundsatzprogramm der Partei zugeschrieben wird, wies kürzlich auf diesen Konflikt zwischen den Forde-

rungen nach weniger Staat und mehr Wachstum hin²⁷. Das Echo in seiner Partei und in der Öffentlichkeit machte deutlich, daß noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist, um konsequentes marktwirtschaftliches Denken zugunsten der Wert- und Zweckrationalität unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von wirtschaftlichem "Wunschdenken" gesellschaftlicher Interessengruppen zu unterscheiden. Der Ordoliberalismus als neuer Wirtschaftsliberalismus leistete mit der Idee einer konsequent vom Staat, dem politischen, demokratischen Abstimmungsmechanismus, zu gestaltenden Wirtschaftsordnung einen entscheidenden Beitrag. Wer heute statt sozialer Marktwirtschaft "freie Marktwirtschaft" sagt oder denkt, begibt sich zumindest in die Gefahr, mit dem neuen Begriff der Sozialen Marktwirtschaft der Botschaft des alten und nicht des neuen Wirtschaftsliberalismus Vorschub zu leisten.

ANMERKUNGEN

1. Siehe dazu J. KROMPHARDT, P. CLEVER, H. KLIPPERT, Methoden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft. Eine wissenschaftskritische Einführung. Wiesbaden 1979, S. 92 ff.
2. Das gilt selbst für die besonders "wertfreien" Naturwissenschaften. Siehe dazu T. KUHN, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main 1973.
3. Vgl. zu diesem Begriff K. BORCHARDT, Plädoyer für eine offensive Verteidigung marktwirtschaftlicher Ordnungen. In: H. RÖSSNER (Hrsg.), Rückblick in die Zukunft. Beiträge zur Lage in den 80er Jahren. Für Dr. Peter von Siemens aus Anlaß seines 70. Geburtstages. Berlin 1981, S. 97 ff., S. 99.
4. F.A. von HAYEK, Der Weg zur Knechtschaft, 2. unv. Aufl. München 1971.
5. A. MOLLER-ARMACK, Zur Diagnose unserer wirtschaftlichen Lage (1947). In: ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte. Bern, Stuttgart 1974, S. 46. Siehe dazu auch R. BLUM, "Marktwirtschaft, soziale". In: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), 16. Lieferung, Stuttgart, New York 1980, S. 153-166.
6. Vgl. H. ALBERT, Traktat über rationale Praxis. Tübingen 1978.
7. A. SMITH, An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations. London 1776. Als neueste - umstrittene - Übersetzung siehe: Entstehung und Verteilung des Sozialprodukts. Neu aus dem Englischen übertragen von H.C. RECKTENWALD, München 1974.
8. Siehe dazu H.C. RECKTENWALD, Würdigung des Werkes, ebenda, S. XV ff.
9. E. de SELINCOURT, The Poetical Works of Wordsworth, with Introduction and Notes. London, Oxford, New York, Toronto 1936, reprinted 1961, S. 746, Fn. 2.
10. Siehe dazu W.W. POMMEREHNE und B.S. FREY (Hrsg.), Ökonomische Theorie der Politik. Berlin, Heidelberg, New York 1979; G. BOMBACH, Neue politische Ökonomie, Teil 1 und 2. In: List-Forum Düsseldorf, Bd. 9 (1977/78), S. 68 ff. und S. 134 ff.
11. B.S. FREY, W. STROEBE, Ist das Modell des Homo Oeconomicus "unpsychologisch"?, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 136 (1980), S. 82 ff. Kritisch dazu K.W. ROTHSCILD, Wie nützlich ist der Homo Oeconomicus? Bemerkungen zu einem Aufsatz von Bruno S. Frey und Wolfgang Stroebe. "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 137 (1981), S. 289 ff.

12. K. POPPER, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände. Bern 1980.
13. H. GIERSCH, Allgemeine Wirtschaftspolitik. 1. Band. Grundlagen. Wiesbaden 1961, S. 89.
14. Vgl. R. BLUM, Neoklassische und Neomerkantilistische Perspektiven in der modernen Wirtschaftspolitik. In: F. NEUMARK (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie II. Berlin 1982, S. 63-91.
15. Ders., Soziale Marktwirtschaft - Wirtschaftsordnung oder Ordnung der Wirtschaft? In: J. BECKER (Hrsg.), Dreißig Jahre Bundesrepublik, Tradition und Wandel. München 1979, S. 101-121.
16. Siehe dazu G.C. HOMANS, Social Behavior as Exchange. In: "American Journal of Economics and Sociology". New York Vol. 63 (1958), S. 597 ff.; K.-B. OPP, Individualistische Sozialwissenschaft, Stuttgart 1979; R. DAHRENDORF, Der Markt als Kraft des Fortschritts. In: "Die Zeit". Hamburg vom 17.10.1980, S. 16.
17. Dieser Rechtfertigungs-Konflikt entsteht daraus, daß einmal der Realtyp als Mischsystem (Marktwirtschaft und staatliche Wirtschaftspolitik) "erklärt" werden muß (Marktversagen) und zum anderen die Gefährlichkeit des Wohlfahrtsstaates, bzw. der staatlichen Eingriffe allgemein gemäß dem Idealtyp der freien Marktwirtschaft mit einem Unwert-Urteil versehen werden (Staatsversagen).
18. Der marktwirtschaftliche Philosoph und Theoretiker kommt hier auch in einen Rechtfertigungs-Konflikt. Einmal ist es gerade der Vorteil, daß die Marktwirtschaft "unmoralisch" ist, eben nur der Rationalität und Sachlogik folgt. Zum anderen ist es gegenüber "Systemveränderern" notwendig, den moralischen Wert der Marktwirtschaft herauszustellen. Vgl. K. BORCHARDT, Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht. In: O. ISSING (Hrsg.), Zukunftsprobleme der sozialen Marktwirtschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. N.F. Bd. 116. Berlin 1981, S. 33 ff.; insbes. S. 49 und S. 51; ders., Plädoyer für eine offensive Verteidigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, a.a.O.
19. Vgl. Pressebericht über einen Vortrag von F. A. von HAYEK anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Gießen, "Frankfurter Allgemeine Zeitung", Frankfurt, vom 3. 6. 1982, S. 13 (Der Mensch hat schon immer auf Spekulation gelebt). Zum Marktmechanismus als Informationssystem siehe auch ders., Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Kieler Vorträge, N.F. 56. Kiel 1968, Wiederabdruck in ders., Freiburger Studien, Walter-Eucken-Institut (Hrsg.). Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5. Tübingen 1969; E. STREISSLER, Preis-

- gesteuerte Wirtschaft - Preisgesteuerte Gesellschaft. In: "Mitteilungen der List-Gesellschaft" 8 (1973), S. 20. Vgl. R. BLUM, Die Problematik systemkonformer Steuerung sozialer Systeme. In: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft". Tübingen Bd. 133 (1977/I), S. 128 ff.
20. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Beschlossen vom 26. Bundesparteitag, Ludwigshafen, 23. - 25. 10. 1978, Ziff. 69, S. 26.
 21. Vgl. P. ATTESLANDER, Die Grenzen des Wohlstands. An der Schwelle zum Zuteilungsstaat. Stuttgart 1971; B. STRÜMPPEL, Die Krise des Wohlstands. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977.
 22. Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus zur Hochschulreform 1975. In: "Information für Studenten". Siehe dazu R. BLUM, Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip. Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg, Beitrag Nr. 14. Augsburg 1980 (Wiederabdruck in: Jahrbuch der Universität Augsburg, Vol.1 (1981). Augsburg 1982, S. 135 ff.
 23. Vgl. R. BLUM, Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip, a.a.O.
 24. Vgl. H.A. SIMON, D.W. SMITHBURG, V.A. THOMPSON, Public Administration. New York 1950.
 25. Vgl. R. BLUM, Mittelständische Unternehmen als volkswirtschaftliches Ordnungs- und Organisationsproblem. In: Ders. (Hrsg.), Entwicklungsprobleme mittelständischer Unternehmen. Volkswirtschaftliche Schriften Nr. 311. Berlin 1981, S. 11 ff.
 26. Vgl. R. BLUM, Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie. In: U.E. SIMONIS (Hrsg.), Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt. Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F. Berlin 1982 (im Druck).
 27. K. BIEDENKOPF, M. MIEGEL, Die programmierte Krise. Stuttgart 1979.

Bisher erschienen unter der Fachgruppe Makroökonomie

- | | | |
|----------------|-------------------|---|
| Beitrag Nr. 1: | Bernhard Gahlen | Neuere Entwicklungstendenzen und Schätzmethode in der Produktionstheorie |
| Beitrag Nr. 2: | Ulrich Schittko | Euler- und Pontrjagin-Wachstums-pfade |
| Beitrag Nr. 3: | Rainer Feuerstack | Umfang und Struktur geburtenregelnder Maßnahmen |
| Beitrag Nr. 4: | Reinhard Blum | Der Preiswettbewerb im § 16 GWB und seine Konsequenzen für ein "Neues Wettbewerbskonzept" |
| Beitrag Nr. 5: | Martin Pfaff | Measurement Of Subjective Welfare And Satisfaction |
| Beitrag Nr. 6: | Arthur Strassl | Die Bedingungen gleichgewichtigen Wachstums |

Bisher erschienen unter dem Institut für Volkswirtschaftslehre

- | | | |
|-----------------|----------------|---|
| Beitrag Nr. 7: | Reinhard Blum | Thesen zum neuen wettbewerbspolitischen Leitbild der Bundesrepublik Deutschland |
| Beitrag Nr. 8: | Horst Hanusch | Tendencies In Fiscal Federalism |
| Beitrag Nr. 9: | Reinhard Blum | Die Gefahren der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen |
| Beitrag Nr. 10: | Reinhard Blum | Ansätze zu einer rationalen Strukturpolitik im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung |
| Beitrag Nr. 11: | Heinz Lampert | Wachstum und Konjunktur in der Wirtschaftsregion Augsburg |
| Beitrag Nr. 12: | Fritz Rahmeyer | Reallohn und Beschäftigungsgrad in der Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie |
| Beitrag Nr. 13: | Alfred E. Ott | Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung der Konjunkturpolitik |
| Beitrag Nr. 14: | Reinhard Blum | Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip |



- Beitrag Nr. 15: Hans K. Schneider Die Interdependenz zwischen Energieversorgung und Gesamtwirtschaft als wirtschaftspolitisches Problem
- Beitrag Nr. 16: Eberhard Marwede und Roland Götz Durchschnittliche Dauer und zeitliche Verteilung von Großinvestitionen in deutschen Unternehmen
- Beitrag Nr. 17: Reinhard Blum Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie
- Beitrag Nr. 18: Klaus Hüttinger
Ekkehard von Knorring
Peter Welzel Unternehmensgröße und Beschäftigungsverhalten - Ein Beitrag zur empirischen Überprüfung der sog. Mittelstands- bzw. Konzentrationshypothese -



